

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 15



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 25. 9. 1990

WORT UND WIDERWORT

Sollen mehr Ganztagschulen in NRW eingerichtet werden?

Wer kenne sie nicht, die Kinder, die lange vor Schulbeginn einfach da seien, die mittags nicht nach Hause in die leere Wohnung wollten? Wer kenne sie nicht, die Mütter, die sich abhetzen, um sich dem Vorwurf der „Rabenmutter“ nicht auszusetzen. All dies spreche für mehr Ganztagsbetreuung an den Schulen. Das erklärt die SPD-Abgeordnete **Brigitte Speth**. Der CDU-Abgeordnete **Herbert Reul** unterstreicht, entscheidendes Kriterium müsse der Wunsch der Eltern nach Angeboten ganztägiger Förderung und Betreuung sein. Einheitskonzepte würden auch hier nicht weiterhelfen, gefragt seien Pluralität und Flexibilität. Vielen Eltern sei schon damit geholfen, daß Beginn und Ende der täglichen Schulzeit verlässlich festgelegt seien. Der F.D.P.-Abgeordnete **Andreas Reichel** betont, im Interesse der Wahlfreiheit der Eltern und eines fairen Wettbewerbs aller Schulformen sei es gerechtfertigt, das Angebot an Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen zukünftig deutlich zu erweitern. Die F.D.P. fordere in diesem Zusammenhang eine Abkehr vom Ausbau bloßer Betreuungsangebote. Die GRÜNEN-Abgeordnete **Brigitte Schumann** meint, bei der Ganztagschule könne es nicht um bloße Verlängerung des Vormittagsunterrichts gehen. Es gehe um neue Sozialbeziehungen und Ausweitung persönlicher Lebenserfahrungen. Im Sinne eines ganzheitlichen Lernens sollten diese Erfahrungen auf den Unterricht am Vormittag zurückwirken. (Seite 2)

Alle Fraktionen einig – Vogelfang künftig unterbinden Belgien soll EG-Richtlinie befolgen

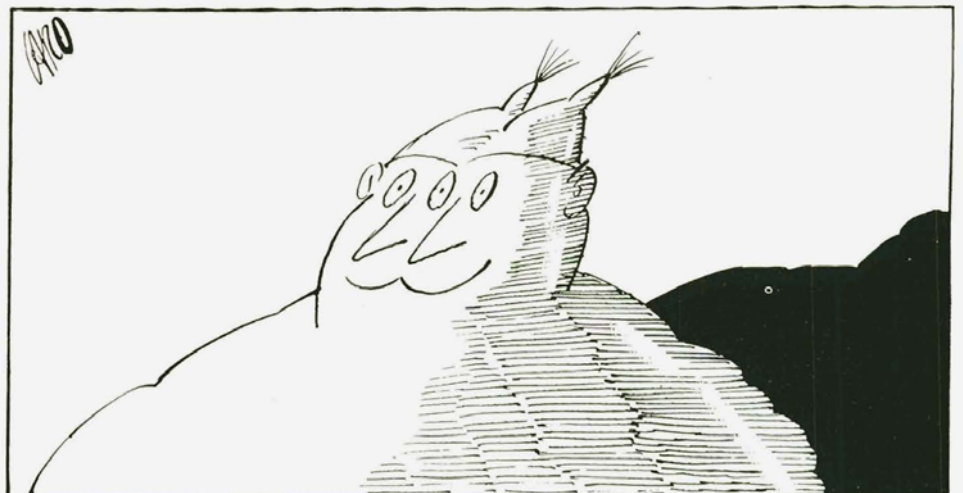
Der Landtag hat am 19. September einstimmig an Belgien appelliert, den Vogelfang künftig zu unterbinden und landesweit der Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft von 1979 volle Geltung zu verschaffen.

Bei der Debatte über einen Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum Vogelfang im europäischen Naturpark Eifel-Ardennen verwies deren Abgeordneter Gerd Mai darauf hin, das Land NRW sei neben Rheinland-Pfalz und Belgien Träger des Naturparks. Vielleicht sei eine Änderung des Abkommens geeignet, Druck auf die belgischen Verantwortlichen auszuüben. Dies sei der einzige Naturpark, in dem noch Vögel gejagt werden dürften.

Der SPD-Abgeordnete Johannes Gorlas betonte, spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 1987 sei das Königreich Belgien verpflichtet gewesen, seine Artenschutzbestimmungen der EG-Richtlinie anzupassen.

Die CDU-Abgeordnete Ilka Keller merkte kritisch an, vieles, was in dem einen Land als schutzwürdig gelte, sei im anderen „vogelfrei“. Der F.D.P.-Abgeordnete Friedel Meyer

meinte, der Antrag hätte besser in Bonn in Richtung Brüssel gestellt werden sollen. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) nannte den Vogelfang im wallonischen Teil Belgiens während der Zugzeit der Singvögel einen „öffentlichen Skandal“.



Wächst zusammen

Zeichnung: R. Candea (Rheinische Post)

Die Woche im Landtag

Nachtragshaushalt

138 Stellen will die Landesregierung neu einrichten. Bei der Beratung des Nachtragshaushalts 1990 sprach die Opposition von Verschwendung. (Seite 3)

Kinderparlament

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe will einer Resolution der Fraktionen folgen und jedes Jahr ein „Kinderparlament“ einberufen. (Seite 5)

Pflegenotstand

Bei einer Aktuellen Stunde wurden die Landes- wie auch die Bundesregierung wechselseitig für den Pflegenotstand in den Krankenhäusern verantwortlich gemacht. (Seite 6)

Altenhilfe

Das Land setzt in der Altenpflege in den kommenden Jahren verstärkt auf ambulante Hilfen, um Heimaufenthalte möglichst zu verhindern. (Seite 11)

Technikfolgen

Der neue Ausschuß Mensch und Technik will bei Folgenabschätzung ressortübergreifend, aber nicht eingreifend beraten. (Seite 12)

Förderprogramme

Dem Landesoberbergamt, das der Grubenausschuß besuchte, ist das Förderprogramm Rationelle Energie übertragen worden. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Ganztagsbetreuung bedeutet auch Spiel und Freizeit

Von
Brigitte Speth

Die Diskussion um Ganztags-schulen hat offensichtlich Kon-junktur. Noch vor Jahr und Tag wurden die verteuft, die aus guten Gründen längst mehr Ganztagsbetreuung forderten. Sie wollten, so von konservativer Seite unterstellt, über den Ganztags die Kinder der Familie entfremden.

Nun hat auch der Bundesbil-dungsminister, gewohnheits-mäßiger Wilderer in fremden Gärten, das Thema „Ganztags“ für sich entdeckt. Ein Gutachten brachte längst Bekanntes an den Tag: Die Berufstätigkeit von Frauen nimmt ständig zu. Die Industrie kann und will auf die hochqualifizierten Frauen nicht verzichten. Frauen und Männer können nur dann ruhigen Ge-wissens berufstätig sein, wenn sie ihre Kinder gut betreut wis-sen. Veränderte Familienstruk-turen und Nachbarschaft mün-den schon lange in der Forde-rung nach mehr sozialem Mit-einander. Damit ist aber der Schulunterricht am Morgen überfordert.

SPD: Was früher verteuft wurde, findet neue Anhänger

Wer kennt sie nicht, die Kinder, die lange vor Schulbeginn ein-fach da sind, die mittags nicht nach Hause in die leere Woh-nung wollen? Wer kennt sie nicht, die Mütter, die sich abhet-zen, um sich dem Vorwurf der „Rabenmutter“ nicht auszuset-zen? Und wer kennt sie nicht, die Alleinerziehenden, die, weil Ganztagsplätze fehlen, die pri-vate Lösung bei Oma oder Nachbarin suchen?

All dies spricht für mehr Ganztagsbetreuung an Schulen. Jo-hannes Rau hat die Ausweitung ganztägiger Angebote zum Schwerpunkt erhoben. Dazu bedarf es nicht nur finanzieller Anstrengungen, sondern auch der Offenheit für neue Entwick-lungen und Modelle.

Ganztagsbetreuung bedeutet nicht mehr Unterricht für Kinder und Jugendliche, sondern be-deutet gemeinsames Leben an der Schule, die Verbindung von Unterricht, Spiel und Freizeit.

Von
Herbert Reul

Der Ausbau ganztägiger Angebote der Förderung und Betreuung ist eine wichtige Aufgabe der CDU-Bildungspolitik. Selbstverständlich können und dürfen Ganztagsbe-treuung und -förderung immer nur Angebot sein. Denn die Erziehung in der Familie ist durch keine andere noch so gute Einrichtung zu erset-zen. Daher muß der Staat Rahmen-bedingungen schaffen, die es El-tern erlauben, sich voll der Kinder-erziehung zu widmen. Entscheidendes Kriterium muß der Wunsch der Eltern nach Angeboten ganztägiger Förderung und Be-treuung sein. Einheitskonzepte helfen auch hier nicht weiter, ge-fragt sind Pluralität und Flexibilität. Vielen Eltern ist schon damit gehol-fen, daß Beginn und Ende der tägli-chen Schulzeit verläßlich festge-legt sind, damit sie ihren eigenen Tagesablauf danach ausrichten können.

Dieses Modell der verläßlichen Halbtagsschule kommt besonders teilzeitbeschäftigten Eltern entge-gen.

Daneben gibt es auch wachsenden Bedarf für die reguläre Ganztags-schule. Heute ist dieses Angebot vor allem bei Gesamtschulen zu finden, während die anderen Schulformen immer noch große

CDU: Ganztagsbetreuung darf nur Angebot sein

Mühe haben, Ganztagschulen zu werden. Gleiches Recht für alle Schulformen — das muß ein zen-trales Anliegen beim Ausbau der Ganztagschulen sein. Erforderlich sind außerdem mehr Flexibilität und Realitätsnähe bei der Gestal-tung dieser Angebote. Muß denn immer eine ganze Schule zur Ganztagschule werden, oder ist es nicht besser, nur einen Zweig in Ganztagsform zu führen? Gerade im ländlichen Raum wäre dieses Modell sehr hilfreich.

Bei allen Bemühungen um zusätzli-che Ganztagsangebote dürfen wir jedoch nicht vergessen, daß auch Kinder ein Recht auf Frei-Räume, auf Frei-Zeit haben. Ganztagsbe-treuung darf nicht staatliche Rund-um-Betreuung in der Gemeinwe-sen-Schule sein, wie es die SPD will. Das Ergebnis soll hier die „so-zial-politische Schule“ sein, die Schule nämlich als Teil eines Netz-werkes der Gemeinwesenarbeit.

Dagegen müssen wir uns deutlich und klar wehren. Sicher ist Schule wichtig, doch sie ist nicht alles. Kin-der und Jugendliche haben auch ein Recht auf Freiräume außerhalb der Schule.

Von
Andreas Reichel

Einer soeben vorgelegten Untersuchung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zufolge hat sich die Nach-frage nach Ganztagschulen durch Eltern seit 1983 kontinuierlich positiv entwickelt. Mittlerweile ist die Zustimmung zur Ganztags-schule auf 44 Prozent gestiegen. Auch eine Mehrheit unter den Lehrern be-fürwortet den Ausbau von Ganztagsange-boten.

Nach den Amtlichen Schuldaten für das Schuljahr 1989/90 werden

- nur 0,18 v. H. (= 6) der Grundschulen,
- 2,45 v. H. (= 13) der Realschulen,
- 3,49 v. H. (= 22) der Gymnasien und
- 8,03 v. H. (= 85) der Hauptschulen, aber

■ 88,06 v. H. (= 118) der Gesamtschulen als Ganztagschulen geführt.

Damit hinkt NRW weit hinter der gesell-schaftlichen und europäischen Entwick-lung hinterher und läßt es an einem vielfäl-tigen durchgängigen Angebot ganztägi-ger sozialer und pädagogischer Einrich-tungen für Kinder und Jugendliche erheb-lich mangeln. Im Interesse der Wahlfrei-heit der Eltern und eines fairen Wettbe-werbs aller Schulformen ist es gerechtfertigt, das Angebot an Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen zukünftig deutlich zu erweitern.

Die F.D.P. fordert in diesem Zusammen-hang eine Abkehr vom Ausbau bloßer Be-treuungsangebote, wie die Landesregie-rung ihn zur Zeit beabsichtigt. Vielmehr müssen die pädagogischen Chancen ge-nutzt werden, die in einer Ganztagschule liegen. Dazu gehört die besondere Förde-

F.D.P.: Pädagogische Chancen nutzen

rung von Kindern, denen die Aufnahme des Wissensstoffes und die Entwicklung ihrer Fähigkeiten in der der Schule norma-lerweise gegebenen Zeit schwerfällt, aber auch die Förderung besonders begabter Kinder in allen Schulstufen und Schulfor-men. Die Ganztagschule kann auf diese Weise auch zu einer individuellen Verkür-zung der Schulzeit beitragen.

Von den drei Formen von Ganztagschule

- der offenen Ganztagschule mit dem Pflichtunterricht vorwiegend am Vor-mittag, freiwilligem Mittagstisch und freiwilliger Hausaufgabenbetreuung,
- der Ganztagschule gebundener Konzeption mit Verteilung des Pflicht-unterrichtes über den Tag, obligatori-scher Mittagstisch und konzeptionell eingebundener Hausaufgabenbe-treuung und
- der Tagheimschule gebundener Konzeption, deren pädagogische Programme wesentlich vom Elternwil-len bestimmt sind,

bevorzugt die F.D.P. die offene Form der Ganztagschule. Sie allein läßt Eltern und Kindern gegenüber Freiraum für eigene Entscheidungen und trägt damit am besten zur optimalen Gestaltung eines Schultages bei.

Auf dieser Grundlage sollen die Ganztags-schulangebote im Lande Nordrhein-Westfalen so erweitert werden, daß jede Familie in der Nähe ihres Wohnortes eine solche Schule als Angebot vorfindet.

Von
Brigitte Schumann

Natürlich braucht Nordrhein-Westfalen mehr Ganztags-schulen. Angesichts der massiven Nachfrage nach ganztägiger Be-treuung für Kinder und Jugendliche erübrigt sich eigentlich die Frage. Nachmittagsangebote sollen nicht mehr bloßer Ersatz sein für die fehlende Betreuung in der Familie, sondern Kindern und Jugendlichen auch Erfahrungen bieten, die ihnen in der Ein-Kind-Familie, in kommunikationsfeind-lichen Alltagsbeziehungen und in engen städtischen Lebensver-hältnissen mit wenig Naturerleb-nissen vorenthalten werden. Deshalb kann die Frage sinnvoll nur lauten: Welche Aufgaben ha-ben Ganztagschulen, und wie müssen sie ausgestattet sein?

Aus Sicht der GRÜNEN kann es dabei nicht um eine bloße Verlän-gerung des Vormittagsunterrichtes gehen. Es geht um neue So-zialbeziehungen und die Vertie-fung und Ausweitung persönli-cher Lebenserfahrungen. Im Sinne eines ganzheitlichen Lernens sollten diese Erfahrungen auf den Unterricht am Vormittag zu-rückwirken. Hier muß das Prinzip „Öffnung von Schule“ ansetzen.

DIE GRÜNEN: Es geht um neue Sozialbeziehungen

Dies geht jedoch nicht kosten-neutral, wie es sich Kultus- und Finanzminister wünschen. Natür-lich brauchen wir dafür zusätz-liche LehrerInnen und Sozialpäd-agogInnen. Bildung und Erzie-hung sind staatliche Pflichtaufga-ben. Die Kosten dürfen nicht den Gemeinden aufgebürdet werden, die finanziell sehr unterschiedlich ausgestattet sind. Das Land muß für die Gleichwertigkeit der Bil-dungsangebote in allen Regio-nen sorgen. Eine finanzielle Be-teiligung der Eltern, selbst eine sozial gestaffelte, ist ebenfalls problematisch. Investitionen in die Zukunft unserer Kinder dür-fen nicht zur Privatsache der El-tern erklärt werden.

Im übrigen geht es nicht um die Ausweitung von Ganztags-schulen. Notwendig ist es auch, daß die bestehenden Gesamtschulen ihren Auftrag als Ganztags-schule voll und uneingeschränkt erfül-len können. Durch eine ausrei-chende Lehrerrzuweisung müs-sen dafür endlich die Vorausset-zungen geschaffen werden.



Bei Stellen für DDR-Beratung einig (v.l.): Hartmut Schauerte (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.), Minister Heinz Schleußer (SPD), Reinhold Trinius (SPD), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Kritik der Opposition an Stellenvermehrung — SPD für Einsparungen 1991

153-Millionen-Nachtragshaushalt verabschiedet

Die im Nachtragshaushalt 1990 veranschlagten Mehrausgaben für Beratungspersonal zum Verwaltungsaufbau in der DDR, für den Bau von Übergangwohnheimen für Aussiedler und für wissenschaftliches Personal fanden in der Plenarberatung am 19. und 20. September bei der zweiten und dritten Lesung die Zustimmung aller Fraktionen, obwohl Änderungsanträge der CDU- und der GRÜNEN-Fraktion abgelehnt wurden. Auf scharfe Kritik stieß dagegen der Personalbedarf für zwei Ministerien und die Staatskanzlei.

Hartmut Schauerte, Haushaltsexperte der CDU, bezifferte die Wachstumsrate 1990 auf 5,45 Prozent. 138 neue Stellen durch Umressortierung und neue Ministerien seien ärgerlich und würden von der CDU bekämpft. Mit 22 neuen Stellen mache die Staatskanzlei letztlich Ministerien überflüssig. Besorgnis erzeuge der erneute Kompetenzverlust des Wirtschaftsministeriums, das ein Drittel seines Volumens verloren habe. Gedankenlose Verschwendung von personellen Ressourcen sei auch die Stellenvermehrung im Frauenministerium um 200 Prozent. Insgesamt kosteten die 138 Stellen das Land 600 Millionen Mark in 30 Jahren. Die CDU wolle statt dessen 138 neue Sonderschullehrer. Bei den 387 Stellen für den DDR-Aufbau halte sie weitere 25 für Finanzbeamte für erforderlich. Die Mittel für Übergangsheime seien einvernehmlich aufgestockt worden, die CDU sei aber gegen das Befrachten der Gemeindefinanzen. Auch fordere sie neue Zahlen über Steuermehreinnahmen. Wegen der DDR-Lieferungen verdiene das Land an der Wiedervereinigung.

Rudolf Wickel (F.D.P.) sagte zum Hauptstadthema, das Umsiedeln einer Viertelmillion Menschen aus dem Bonner Raum nach Berlin würde unheilbare Verwerfungen bedeuten. Beim Nachtragshaushalt würden sämtliche Grundsätze der vergangenen Jahre verletzt, auf deren Einhaltung auch der Landtag gedrängt habe. Von kritischer Aufgabenüberprüfung sei nicht mehr die Rede. Statt für Sparsamkeit und Effizienz sei für hemmungslose Selbstbedienung Raum. Mehr Bürokratie, mehr Personal, eine Schraube ohne Ende. Neue Spitzenpositionen schafften Möglichkeiten für Parteigänger. Die F.D.P. lehne den Nachtragshaushalt wegen seiner künftigen Konsequenzen ab.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) stimmte im wesentlichen zu. Die DDR-Hilfe sei noch

unterdimensioniert. Bedauerlich sei, daß nicht mehr Städte-Partnerschaften finanziert würden. Die unnötige Aufblähung des Regierungsapparates lehnten DIE GRÜNEN ab. Die Teilung des Zöpel-Ministeriums diene offenbar mehr dem politischen Proporz als effektiver Arbeit. Unbefriedigend seien auch die Kostendeckung für studentische Hilfskräfte und schädlich die höheren Wahlkampfkosten. Das Beratungsverfahren im Haushaltsausschuß habe er als peinlich empfunden. Es habe keine exakte Vorlage, sondern „Staatsknete auf Zuruf“ gegeben.

Tiefes Mitgefühl des Landtags für Geiseln im Irak und in Kuwait

Zur Krise am Golf hat die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, am 19. September 1990 vor dem Landtag im Namen aller Fraktionen die nachfolgende Erklärung abgegeben: „Seit irakische Truppen in Kuwait einmarschiert sind und das Land besetzt haben, steht die Golfkrise im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. Ausländische Staatsbürger werden im Irak und in Kuwait als Geiseln festgehalten. Unter den deutschen Staatsbürgern befinden sich auch viele Menschen aus Nordrhein-Westfalen. Menschliche Schutzschilde für militärische Anlagen sind der Gipfel der Unmenschlichkeit. Den im Irak und in Kuwait festgehaltenen Menschen und deren Angehörigen zu Hause drücken wir unser tiefes Mitgefühl aus, verbunden mit der Hoffnung auf eine baldige, hoffentlich friedliche Beendigung der Geiselnahme. Den irakischen Herrscher Saddam Hussein fordern wir nachdrücklich auf, die von ihm festgehaltenen Menschen endlich freizulassen.“

Einzig nachvollziehbar seien 1,7 Millionen Mark für mehr Wahlberechtigte. Im Änderungsantrag konzentrierten sich DIE GRÜNEN auf drei Mißstände: Personalmangel in Schulen, Finanzämtern und Umweltbehörden.

Reinhold Trinius, SPD-Haushaltsexperte, wies die Vorwürfe zurück und wies auf Aufgabenkritik durch externe Prüfungseinrichtungen hin. Die 22 Stellen in der Staatskanzlei seien für die fachlich-politische Begleitung der deutschen Einigung in allen Bereichen gedacht. Beim Ministerium für Bauen und Wohnen sollten nach Ansicht der SPD 73 Stellen 1991 erwirtschaftet werden. Bei der Berechnung der Finanzsituation vergesse der CDU-Sprecher die Zwangsläufigkeit von Mehrausgaben. Bei der Wohnungsbauförderung solle sich die CDU der NRW-Initiative im Bundesrat anschließen, der Bund solle seine Finanzhilfen erhöhen. Hier wie bei Übergangsheimen trage NRW die Hauptlast.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) dankte wie auch der Vorredner für die überwiegend zustimmenden Ausschußverhandlungen und bestätigte die Vorausberechnungen des CDU-Redners. Die Vorgaben der Bund-Länder-Finanzplanung würden in Kürze geändert, die 3,5-Prozent-Marge sei vorübergehend nicht erreichbar. Neue Steuerschätzungen würden beim Haushalt 1991 vorgelegt. Daß die Kosten der deutschen Einheit massiv nach oben gingen, sei unstrittig. Beim Erwirtschaften sollten die Eckdaten des Bundeskanzlers nach Bildung der DDR-Länder abgewartet werden. An der DDR verdienen wolle man nicht, sondern durch Umsatzsteuerverteilung Mittel aus den BRD-Ländern in die künftigen DDR-Länder transferieren. Den Vorwurf lückenhafter Steuerfahndung und Betriebsprüfung der GRÜNEN bezeichnete er als absurd und dumm.

Gerhard Mai (DIE GRÜNEN) begründete ein zusätzliches Umweltschutzprogramm, das seine Fraktion in den Nachtragshaushalt einstellen wolle mit notwendigen Untersuchungen von Kinderspielplätzen und Müllverbrennungsanlagen, Asbestgefährdungen und mit personeller Verstärkung der Gewerbeaufsicht, um Vollzugsdefizite auszugleichen. Statt vermehrter Polizeistreifen

brauche man eine gute Umweltpolizei. Dem Finanzminister sei ein erhebliches Defizit im ökologischen Bewußtsein zu unterstellen.

Wolfram Kuschke (SPD) widersprach letzterem und bedauerte beim Bereich Übergangswohnheime das späte Inkrafttreten der Finanzregelung des Bundes. Da jetzt Geld vorhanden sei, könne sinnvoll mit dem Bau begonnen werden. Die Bundesförderung im nächsten Jahr müsse gemeinsam von allen Fraktionen verlangt werden.

Hartmut Schauerte (CDU) beharrte auf der Feststellung von Millionen-Mehreinnahmen durch die DDR-Entwicklung und auf Daten des Finanzministers, der sich im Bundesrat an Steuerschätzungen beteiligt habe.

Minister Heinz Schleußer (SPD) kündigte die Daten für November bei Einbringung des Haushalts 1991 an und hielt die Kosten der deutschen Einheit, wenn Vorhersagen von Fachleuten einträten, allein durch Kredite und Haushaltseinschnitte nicht für finanzierbar.

Wolfram Dorn (F.D.P.) widersprach entschieden dem CDU-Redner, an der Wiedervereinigung verdiene NRW. Das sei genau die Linie der SED und der PDS und könne nicht hingegenommen werden. Um den Menschen in der DDR zu gleichen Lebensverhältnissen zu verhelfen, würden von uns Milliarden aufgebracht.

★

Zur dritten Lesung des Nachtragshaushalts 1990 am 20. September lagen dem Plenum drei Entschließungsanträge vor: Zwei Anträge der F.D.P., die die Einrichtung von Kabinettsausschüssen (Drs. 11/391) und die Personalausweitung durch Neuorganisation der Landesregierung (Drs. 11/392)

zum Gegenstand hatten. Sie wurden ebenso abgelehnt wie der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion (Drs. 11/379), der sich mit der Baumaßnahme für die Landesvertretung in Bonn beschäftigte.

Hartmut Schauerte (CDU) bestand auf der Antwort auf die Frage „Verdient Nordrhein-Westfalen an der Wiedervereinigung?“ Schon jetzt werde von Vertretern der Landesregierung angekündigt, daß einzelne geplante Maßnahmen nicht finanziert werden könnten, weil die Wiedervereinigung den Landeshaushalt belaste. Dabei stehe fest: „Im Haushaltsjahr 1990 nimmt das Land wegen der Wirkungen der Wiedervereinigung mehr Steuern ein als es ohne die Wiedervereinigung einnehmen würde.“ Den Entschließungsantrag in Sachen Landesvertretung habe man eingebracht, damit sich das Kabinett in dieser Sache bewege: „Wir brauchen das Signal in die Öffentlichkeit und auch in die Bundesländer, damit sie eindeutig sehen, daß Nordrhein-Westfalen ohne Wenn und Aber zur Zukunft von Bonn als Regierungssitz steht.“ Statt der zusätzlichen Stellen für die „Wasserköpfe“ der Ministerien wünsche sich seine Fraktion, daß entsprechend mehr Sonderschullehrer eingestellt würden.

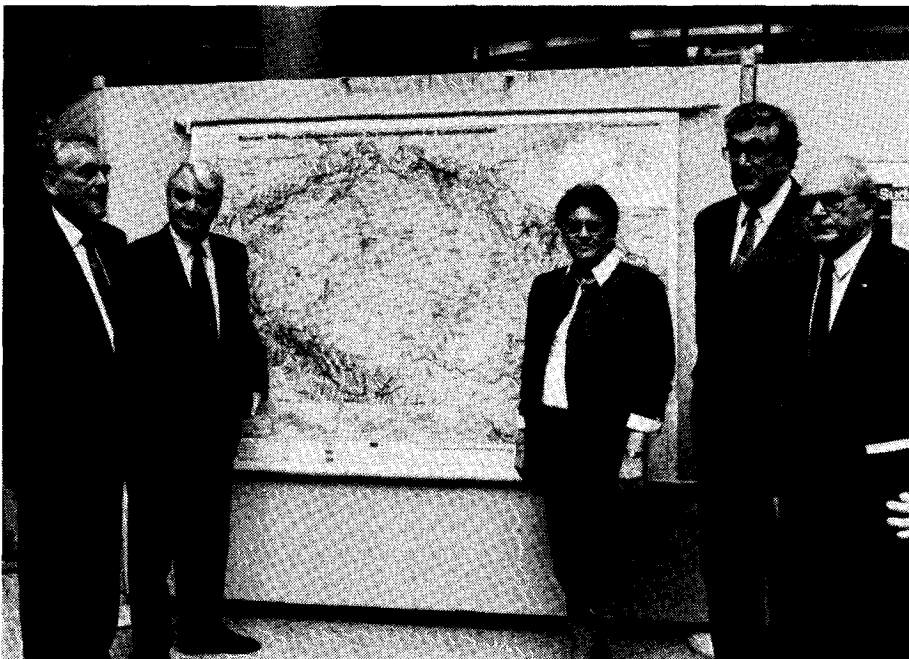
Rudolf Wickel (F.D.P.) kündigte ein klares Nein seiner Fraktion zum Nachtragshaushalt an. Er frage sich, ob die deutsche Einheit nicht allein deswegen teurer werde, „weil vieles verschlafen worden ist“. Die F.D.P. sei wie die CDU dafür, mehr Finanzbeamte in die DDR zu schicken, da dort das Einnahmesystem zusammengebrochen ist, es fehle an allem Notwendigen, „es ist eine einzige Katastrophe“. Seine Fraktion stimme auch ausdrücklich der Erhöhung der Mittel für Übergangsheime zu: Wenn 1991 wie geplant in der Sowjetunion die Reisefrei-

heit eingeführt werde, dann werden „nach bisherigem Erkenntnisstand mehr als zwei Millionen Menschen zu uns kommen“. Wenn man sich die Ergebnisse der Volkszählung auf eine Erklärung für die aktuelle Wohnungsnot hin ansehe, dann müsse man sehen, daß jeder Bürger des Landes in 20 Jahren seine eigene Wohnfläche verdoppelt habe. Die Schuld an dieser Wohnungsnot müßten sich die ans Bein binden, die 1980 die geplante Volkszählung und damit die gesicherte Datenbasis für die Planung neuer Wohnungen verhindert hätten, fand der Sprecher.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) warf der Landesregierung vor, sie messe mit zweierlei Maß: Einerseits verlange sie mehr Stellen für die DDR und den Ministerienapparat, andererseits verweigere sie den Hochschulen und den Krankenhäusern das so dringend erforderliche zusätzliche Personal: „Laut vom Sparen reden und nur die anderen meinen — das geht nach unserer Meinung nicht.“ Dasselbe gelte für den Kindergartenbereich, wo die Kindergärtnerinnen für ein „Vergelt's Gott“ arbeiteten — zur gleichen Zeit aber würden die Abgeordneten diäten und die Wahlkampfkostenerstattungen erhöht. Ihre Fraktion sei für den ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft und Wirtschaft; dafür müsse man andere Prioritäten setzen. Schließlich gebe es im Lande genug Geld: Sie erinnere nur an die „Milliardengeschenke“ der Bundesregierung für das Golf-Engagement und für die Sowjetunion.

Ernst Walsken (SPD) nannte die Zahlen des Nachtragshaushalts im Vergleich zum Haushaltsplan des Landes in Höhe von 60 Milliarden „Kleckerbeträge“, über die es im Rahmen der vorbereitenden Gespräche in den Fachausschüssen weitgehend Übereinstimmung gegeben habe. Er habe den Eindruck, je größer diese Übereinstimmung sei, desto mehr werde im Plenum der Versuch gemacht, Kampf und Konflikte in die Diskussion zu bringen. Jahrelang habe die Opposition gefordert, der Ministerpräsident solle die Arbeit der Ressorts besser koordinieren, wenn jetzt dafür Personal eigestellt werden solle, dann drehe sich die Opposition um 180 Grad — auf einmal regiert der Ministerpräsident in die Ressorts hinein; das sei nicht korrekt. Scharf wies er zurück, der Landesregierung zu unterstellen, sie verdiene an der DDR, es herrsche Übereinstimmung, die steuerlichen Zuwächse in Landetats und Bundeshaushalt zur Verbesserung der Infrastruktur in der DDR auszugeben.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) fragte sich, ob es lohne, über die strittigen zwei Prozent zu streiten, während doch 98 Prozent des Volumens unstrittig seien. Es sei Unsinn zu behaupten, die Länder und der Bund verdienten an der Vereinigung, dagegen müsse er seine Ministerkollegen Waigel und Tandler nachdrücklich in Schutz nehmen. Die Steuermehreinnahmen im Lande seien rückläufig, stellte Schleußer richtig, „wenn man eindeutig eingrenzbar Sonderfaktoren abzieht“. Im Oktober werde man klarer sehen, wenn die Ergebnisse des vorangegangenen Vierteljahrs vorlägen. Die CDU, riet er, müsse sich entscheiden: Sie könne die finanzielle Lage nicht einmal auf die üppig fließenden Steuereinnahmen, dann wieder auf die Effekte der Vereinigung zurückführen.



Von gelebtem Humanismus historischer Wahrhaftigkeit und Versöhnungsbereitschaft sprach Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe im Hinblick auf die neue Staatsführung der Tschechisch-Slowakischen Föderativen Republik bei der Eröffnung der Ausstellung „Verlorene Geschichte — Bilder und Texte aus dem heutigen Sudetenland“ im Foyer des Landtags. Der Stellvertreter des Botschafters der CSFR Dr. Juraj Nemes drückte die Hoffnung auf ein neues Miteinander in Mitteleuropa aus. Für die Sudetendeutsche Landsmannschaft erinnerte Oskar Böse an die Gründung in NRW vor 40 Jahren: Der Verzicht auf Rache und Vergeltung sei jetzt Wirklichkeit (v.l.: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, CDU, Kultusminister Hans Schwier, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, Dr. Juraj Nemes, Oskar Böse). Foto: Schüler

Ingeborg Friebe am Weltkindertag: Kinder sollen ins Herz des Parlaments einziehen

Zum Weltkindertag am 20. September 1990 hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe einen Tag zuvor im Plenum des Landtags in einer Rede darauf aufmerksam gemacht, daß man keine „glücklichen Kinder“ brauche, denen die finanziellen Wege geöffnet seien, sondern „fröhliche Kinder“, die gerne spielten, lernten und mitgestalten möchten. Frau Friebe kam ferner der Bitte der Fraktionen nach, eine gemeinsame Resolution zu verlesen. Hier die Rede der Präsidentin sowie die Resolution im Wortlaut:

„Meine Damen und Herren, wir begehen heute den Weltkindertag, und alle im Landtag vertretenen Fraktionen haben mich gebeten, eine gemeinsame Resolution zum heutigen Weltkindertag zu verlesen. Ich komme dieser Aufforderung gerne nach, möchte jedoch noch einige Bemerkungen vorweg machen.

Der Satz ‚Kinder sind unsere Zukunft‘, der natürlich auch in der Resolution steht, hat mich nachdenklich gemacht. Ich habe mir diesen Satz am Beispiel meiner Kinder und meiner Enkelkinder deutlich gemacht und muß sagen, er stimmt wirklich. Nur: Haben wir alle diesen Satz wirklich verinnerlicht oder reden wir ihn so dahin? Nach wie vor gibt es in Nordrhein-Westfalen mißhandelte Kinder, deren einziges Vergehen es ist, ‚da zu sein‘. Die Eltern werden mit diesem ‚Da-Sein‘ oft nicht fertig, weil sie mit sich selbst nicht fertig werden und ihre Ängste am schwächsten Glied der Familie auslassen. Hier ist eine familienfreundliche Politik gefragt, die eine andere Haltung nicht nur ermöglicht, sondern selbstverständlich macht. Wir brauchen keine ‚glücklichen‘ Kinder, denen die finanziellen Wege geöffnet sind, wir brauchen ‚fröhliche Kinder‘, die gerne spielen, lernen und mitgestalten mögen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um Kinder ‚spielend‘ auf ihre spätere Rolle in der Gesellschaft vorzubereiten. Da ich auch Mutter und Großmutter bin, hoffe ich stellvertretend für alle Mütter und Großmütter, daß die Politiker dieses Landes sich an dem bei Kindern noch ungebrochenen Gestaltungs- und Veränderungswillen orientieren. In diesem Sinne verlese ich nachfolgend im Wortlaut die gemeinsame Resolution aller Fraktionen des Landtags.

Resolution der Fraktionen

Anläßlich des Weltkindertages am 20. September 1990 bekennen sich die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages zu ihrer Verpflichtung, sich für die Belange der Kinder in unserem Land besonders einzusetzen.

Kinder haben einen Anspruch auf Beachtung ihrer Menschenwürde und ihrer Rechte im öffentlichen und privaten Bereich — so haben sie ein Recht auf bestmögliche Betreuung, Erziehung und Bildung. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß die menschliche Würde der Kinder in unserer Gesellschaft mehr beachtet, ihre Rechte zur Geltung gebracht werden. Dafür müssen wir die für die Entwicklung des Kindes notwendigen Lebensbedingungen sicherstellen.

Nach Resolution der Fraktionen: Landtagspräsidentin will jedes Jahr ein „Kinderparlament“ einberufen



Ein Herz für Kinder: Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe.

Foto: Schüler

Das Wohl der Kinder muß in all unseren Taten vorrangig Berücksichtigung finden. Kinder sind unsere Zukunft! Dies ist nicht die Aufgabe einer kurzfristigen Interessenpolitik, sondern die eines aktiven Handelns im Sinne einer zukunfts-offenen und zukunfts-trächtigen Politik.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft läßt sich auch daran erkennen, wie in ihr mit Kindern umgegangen wird. Wir sind als Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land verpflichtet. Die Kinder sind das schwächste Glied in unserer Gesellschaft; die Gesellschaft hat die Entwicklung der Kinder zu fördern und für ihr Wohlergehen und ihre Gesundheit zu sorgen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, Gesetze auf ihre Kinderverträglichkeit zu überprüfen, es ist unsere Pflicht, die Konflikte der Kinder in unserer Gesellschaft aufzuzeigen und zu lösen. Dieser Verpflichtung müssen nicht nur die Kinderpolitiker und -politikerinnen in Nordrhein-Westfalen nachkommen. Politik für die Kinder ist eine Querschnittsaufgabe, der sich alle Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags widmen: Die Wohnungsbaupolitiker sind verpflichtet, für kindergerechte Wohnungen zu sorgen, die Städtebaupolitiker für kinderfreundliche Städte, die Schulpolitiker für gerechte Bildungsmöglichkeiten und Angebote zur Ganztagsbetreuung, die Kulturpolitiker für die Rahmenbedingungen, die ein attraktives kulturelles Angebot für Kinder und Jugendliche ermöglichen, und die Verkehrspolitiker für sichere Straßen und die Sportpolitiker für kindgerechte Sportstätten.

Wir wollen mit dem Vorsatz an unsere Arbeit

gehen, in Zukunft vermehrt auf die Meinung von Kindern zu hören, ihren Erwartungen Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen auch schon einmal schnell und unbürokratisch zu helfen.

Der Landtag begrüßt die Bemühungen vieler Verantwortlicher in Staat und Gesellschaft, den Belangen der Kinder in unserem Land durch konkrete Maßnahmen und Informationen mehr Geltung zu verschaffen. Der Landtag wird dies durch seine parlamentarische Arbeit unterstützen.

Der Landtag wird den jährlich stattfindenden ‚Weltkindertag‘ nutzen, um in geeigneter Weise die Öffentlichkeit auf die Anliegen der Kinder aufmerksam zu machen. Die Präsidentin des Landtags wird gebeten, mit Unterstützung des Kinderbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen und den Fraktionen des Landtags am 20. September eines jeden Jahres ein ‚Kinderparlament‘ einzuberufen und eine Rahmenveranstaltung für Kinder durchzuführen. Die Landesregierung ist eingeladen, sich hieran zu beteiligen.

Ich möchte anschließend noch betonen, daß ich der Pflicht, die mir hier von den Fraktionen auferlegt wird, jedes Jahr zum 20. September ein Kinderparlament einzuberufen, gern nachkomme. Ich wünsche mir jedoch, daß es nicht nur bei solch einer ‚offiziellen‘ Veranstaltung bleibt, sondern daß die Kinder wirklich ins Herz des Parlaments einziehen und auch etwas bewirken. Da ich davon ausgehe, daß uns die Presse auch bei diesem Punkt begleitet, möchte ich stellvertretend für alle Abgeordneten des Landtags den Kindern in Nordrhein-Westfalen zuwinken und sagen: Wir vergessen Euch nicht!“

Aktuelle Stunde zum Personal- und Pflegenotstand in den Krankenhäusern

Fraktionen einig: Der Stellenschlüssel muß den Erfordernissen angepaßt werden

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion hat der Landtag am 19. September im Rahmen einer Aktuelle Stunde zum Thema „Personal- und Pflegenotstand in den Kliniken in Nordrhein-Westfalen“ debattiert.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) beschrieb die Lage so: „Der Personalmangel ist erschreckend, der Pflegenotstand weitet sich aus.“ Nottfälle müßten abgewiesen, Operationen verschoben oder abgesagt werden. Er frage sich, wann die erste Abteilung wegen Pflegekräftemangels geschlossen werden müsse. Es sei bedrückend, daß der Landesregierung die Situation des Krankenpflegepersonals schon lange bekannt sei: Die Attraktivität des Berufs habe nachgelassen, darum seien die Ausbildungszahlen gering und die Fluktuation hoch. Mit organisatorischen Maßnahmen lasse sich den Arbeitszeitwünschen vor allem der Frauen Rechnung tragen, Werbung sei ebenso zu verbessern wie Weiterbildung und Trainingsprogramme für Berufsrückkehrer. Wichtig seien auch Kinderbetreuungsangebote und Eingliederung von Über- und Aussiedler in Pflegeberufe. Lanfermanns Appell an die Minister Heinemann und Brunn: „Nehmen Sie die Sorgen, die hier vorgetragen werden, und die Sorgen der Bevölkerung ernst, vor allem aber: Handeln Sie endlich!“

Der Abgeordnete wörtlich: „Wir haben doch heute den skandalösen Zustand, daß die Wartung eines Autos gesellschaftlich mehr Wert ist als die Pflege von Menschen.“ Die Landesregierung sei aufzufordern, das in ihrem Zuständigkeitsbereich Stehende unmittelbar und sofort zu tun.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) warnte vor einer erneuten „Schwarzer-Peter-Diskussion“ auf Kosten der Betroffenen. Alle Fraktionen sollten sich zu der Mitverantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden bekennen. In der Personalpolitik müsse es eine kurzfristige Wende geben, wichtig sei aber auch, nach den Ursachen für den immer weiter wachsenden Bedarf an medizinischer Versorgung und Pflege zu fragen. Erforderlich sei eine generelle Kurswende in der Gesundheitspolitik — weg von der reparierenden Nachsorge und hin zu umfassender Vorsorge.

Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) wies darauf hin, daß seit Beginn der 70er Jahre das Krankenpflegepersonal erheblich zugenommen habe, während die Zahl der Krankenhausbetten zurückgegangen sei. Geblieben seien aber erschwerte Arbeitsbedingungen, geringes Sozialprestige und „erschreckend niedrige“ Bezahlung. Wie sei eigentlich noch zu vertreten, daß ein Chefarzt 20- bis 50mal mehr

und unwirtschaftliche Häuser, die die Entlastung des Pflegepersonals erschwerten.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) sah das Personal an den Grenzen der Belastbarkeit angekommen, nicht zuletzt dadurch, daß Hochleistungsmedizin zum Teil in Kliniken mit sehr alter Bausubstanz stattfinden müsse. Darum gebe das Land jede zweite Mark an Investitionen im Hochschulbereich in die Universitätskliniken. Die Ministerin kündigte die Modernisierung von Schwesternwohnheimen an.

Karl Schultheis (SPD) sprach sich dafür aus, das Land möge sich als Partner in der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder in den Verhandlungen für eine bessere Bezahlung und für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. In Sachen Arbeitsbedingungen könnte viel auch von den Kliniken in eigener Regie erreicht werden.

Wilhelm Krömer (CDU) wies darauf hin, vor allem ältere Leute seien nur deshalb in Krankenhäusern, weil der Personalschlüssel im ambulanten Bereich ihre Pflege nicht zulasse. Die technisch-apparative Ausstattung vieler Krankenhäuser sei zwar modern, aber wie solle Heilung eintreten, wenn dem Personal keine Zeit mehr zum Gespräch bleibe.

Hermann-Josef Arentz (CDU) unterstrich, die Universitätskliniken bräuchten beim Personal einen Zuschlag für Forschung und Lehre; die Kosten wären über die Wahlleistungen zu erwirtschaften, betonte er und hielt dem Gesundheitsminister entgegen,



Suche nach Verantwortlichkeiten und Auswegen (v. l. n. r.): Heinz Lanfermann (F.D.P.), Vera Dedanwala (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) und Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD).
Fotos: Schüler

Vera Dedanwala (SPD) urteilte, der Pflegenotstand sei kein ausschließlich nordrhein-westfälisches Problem, sondern betreffe bundesweit alle Krankenhäuser und Heime. Um hier wirksame Abhilfe zu schaffen, brauche man ein ganzes Bündel von Maßnahmen: Attraktivere Bezahlung, Wiederbelebung des Interesses für den Beruf, Ausnutzung der Ausbildungskapazitäten und Anhebung des Personalschlüssels auf die anerkannten Zahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) durch Bundesarbeitsminister Blüm. Dieser Schlüssel aus dem Jahr 1969 könne heute nicht mehr ausreichen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) stimmte dieser Forderung zu: Wenn man die Personalanhaltszahlen der DKG zur Grundlage mache, dann bedeute dies 17 000 neue Pflegestellen für Krankenhäuser im Lande. Ferner verlange die CDU „eine Bezahlung und Arbeitsbedingungen, die der Bedeutung der Pflege am Menschen angemessen sind“.

verdiene als eine Krankenschwester? Er sei für die Forderung dankbar, die Anhaltszahlen der DKG als Grundlage zu nehmen; er wäre froh, „wenn ich diese Zahlen schon vom Bundesarbeitsminister entsprechend seiner Verpflichtung für die gesamte Bundesrepublik umgesetzt sehen würde“.

Bodo Champignon (SPD) wunderte sich, daß das seit Jahren aktuelle Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde abgehandelt werden solle, dazu sei es zu gewichtig. Dank der öffentlichen Diskussion wisse man inzwischen, „wer wo welche Verantwortlichkeiten für die Lösung der vielschichtigen Pflegeproblematik trägt“. Er stimme der CDU-Forderung zu, die Universitätskliniken des Landes müßten zum Aushängeschild moderner Gesundheitspolitik werden.

Georg Gregull (CDU) erinnerte an die Zuständigkeit des Landes bei den Investitionen: Hier gebe es einen Antragsstau von drei Milliarden Mark — bei steigender Tendenz. Darum gebe es so viele unmoderne

sein Problem seien nicht Chefarzte, die zuviel verdienten, sondern die Krankenschwestern und -pfleger, die zuwenig hätten.

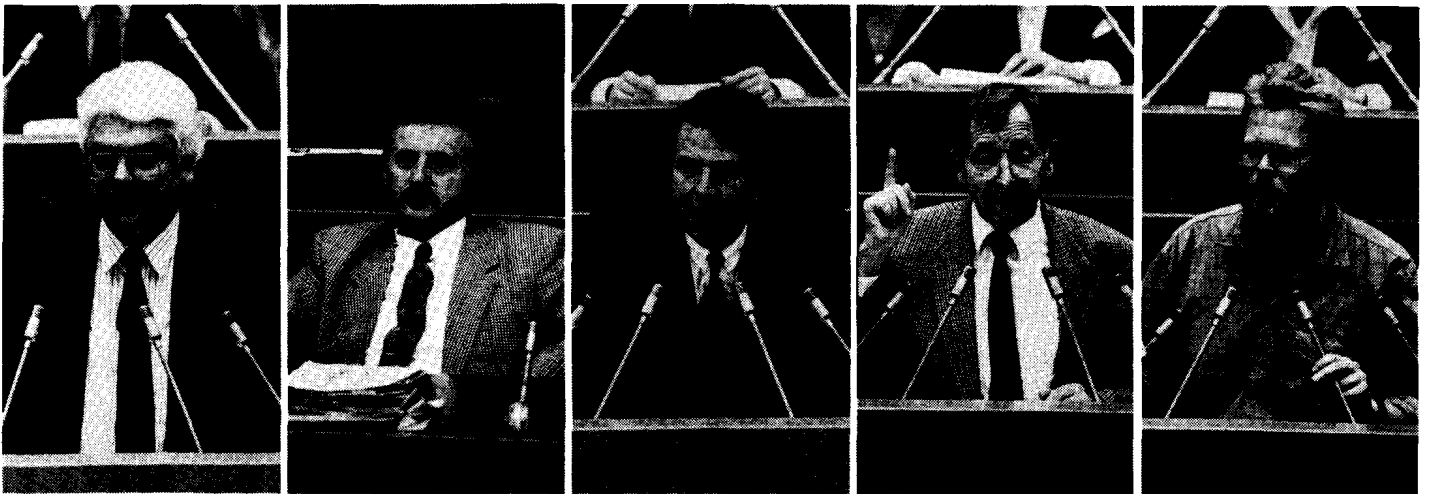
Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) hielt der Landesregierung vor, sie habe versagt und schiebe die Schuld Bonn zu. Neben verbesserter Vergütung, Neuberechnung des Stellenschlüssels und einer verbesserten Ausbildung verlangte sie Verbesserungen im Krankenhaus: So solle die Pflegedienstleitung gleichberechtigt neben der ärztlichen und Verwaltungsleitung am Management beteiligt werden.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) sprach sich ganz entschieden gegen ein soziales Pflichtjahr für Frauen aus: Frauen trügen ohnehin schon die Hauptlast der sozialen Arbeit in dieser Gesellschaft.

Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) wies das Wort von Antragsstau zurück: In diesem Jahr liege man bei den Investitionen bei 800 Millionen Mark — davon träume man in anderen Ländern.

SPD, Innenminister, DIE GRÜNEN: Bleiberecht als humane Handlung — Historische Schuld**Opposition von CDU und F.D.P. greift Innenminister an und fordert Aufhebung des Duldungserlasses für Roma**

Die Opposition von CDU und F.D.P. hat den nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) wegen seiner Politik gegenüber Sinti und Roma am 20. September im Landtag erheblich kritisiert. Die CDU-Fraktion warf dem Minister Bruch des Amtseides und Verstoß gegen Recht und Gesetz vor. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linsen erklärte, das Vorgehen des Innenministers habe inzwischen zu „sozialem Sprengstoff“ in den Gemeinden geführt. Er warnte vor dem Präzedenzfall, auf den sich dann später Tausende von abgelehnten Asylbewerbern berufen könnten. Der F.D.P.-Abgeordnete Heinz Lanfermann betonte bei der Erläuterung des Antrages seiner Fraktion „Duldungserlaß für Roma aufheben“ (Drs. 11/130), NRW sei inzwischen zu einem bevorzugten Ziel für Schlepper-Organisationen geworden. Auch die Verhandlungsversuche mit Jugoslawien seien nur ein fauler Kompromiß. Für die Fraktion DIE GRÜNEN forderte der Abgeordnete Daniel Kreutz ein Bleiberecht und ein Programm zur Integration der Sinti und Roma. Der SPD-Abgeordnete Edgar Moron vermutete, es gehe gar nicht um Sinti und Roma, sondern um den Versuch, den Innenminister zu attackieren. Er bezeichnete es als Irreführung der Öffentlichkeit, zu behaupten, daß der Duldungserlaß vom Februar die Rechtsgrundlage für das Verbleiben von massenhaft Sinti und Roma sei. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erinnerte daran, daß gerade die Deutschen gegenüber den Sinti und Roma eine besondere moralische Verantwortung hätten. Der Umgang mit Minderheiten sei ein Gradmesser für demokratische und politische Kultur. Nach der Beratung lehnte das Parlament den F.D.P.-Antrag mehrheitlich ab. Ein CDU-Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt (Drs. 11/45) fand nach namentlicher Abstimmung mit 98 Ja-Stimmen und 119 Nein-Stimmen ebenfalls keine Zustimmung.



Konträre Auffassungen zu einem aktuell politisch wie auch historisch heiklen Thema: v.l. Heinz Lanfermann (F.D.P.), Edgar Moron (SPD), Dr. Helmut Linsen (CDU), Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) und Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Heinz Lanfermann (F.D.P.) erklärte, die Freien Demokraten forderten mit ihrem Antrag, daß die Landesregierung den Duldungserlaß des Innenministers vom 1. Februar 1990 aufhebe, die entsprechenden Verfahren, die dort angelaufen seien, mit Vorrang bearbeite und bei Ablehnung dieser Verfahren unverzüglich die entsprechenden Abschiebungsverfahren einleite. Selbstverständlich hätten alle, die sich „in unserem Lande aufhalten“, egal aus welchem Grunde, „unsere Gesetze zu respektieren“. In der Bevölkerung gebe es große Unruhe, weil gerade die hier betroffenen Gruppen sich oft nicht so sozial verhielten, „wie wir uns das vorstellen“. Der Abgeordnete erinnerte daran, daß die Landesregierung im Dezember 1989 endgültig im Kabinettsbeschluß dazu gekommen sei, daß nunmehr abgeschoben werde. Dann sei der Bettelmarsch gekommen, und das sei nichts anders als eine Nötigung gewesen, und sie habe — wie habe man es anders vom Innenminister erwarten können — nachgegeben. Es habe jenen Duldungserlaß gegeben, der faktisch eine Einladung für alle gewesen sei, hierzubleiben. Das Ergebnis sei bekannt: NRW sei das bevorzugte Ziel von Schleppern. Es sei ein einmaliges Verfahren, daß die Betroffenen mitbestimmen könnten, nach welchen Kriterien sie vom Staat das Bleiberecht erhielten. Lanfermann bezeichnete ferner die Frage als offen, ob sich die Zahl 1 000 auf Familien mit oder ohne Kinder

beziehe. Er sprach von einem „Verwirrspiel mit Fristen und Zahlen“. Tatsächlich sei in sieben Monaten nichts geschehen. Man habe das Thema über die Landtagswahl gerettet. „Jetzt erleben wir den Versuch, das ganze Thema über die Bundestagswahl zu retten“, meinte der Politiker.

Edgar Moron (SPD), sagte, offensichtlich eigne sich das Thema Sinti und Roma besonders gut dazu, zu versuchen, dem Innenminister etwas zu unterstellen, was er nicht begangen habe. Die Landesregierung habe in der Zwischenzeit ernsthaft geprüft, wie man einem Teil dieser Menschen unter bestimmten Kriterien ein Bleiberecht gewähren könne. Dies könne eine sehr humane Handlung sein, denn es handle sich in der Tat um Menschen, die es sehr schwer auf dieser Welt hätten. Die Kriterien seien eindeutig und klar. Es gehe nicht darum, daß die Sinti und Roma, „die heute aus Rumänien oder Jugoslawien zu uns kommen, bleiben könnten. Es handle sich vielmehr um Menschen, die seit vielen Jahren, manchmal seit Jahrzehnten durch Europa vagabundierten, die sich seit längerem in NRW aufhielten und die bestimmte Kriterien erfüllen müßten, z.B. die Bereitschaft, sich hier integrieren zu lassen. Wenn diese Menschen diese Kriterien erfüllten, könne man durchaus ernsthaft prüfen, ob man ihnen ein Bleiberecht gewähre. Diese

Sinti und Roma hätten aber doch nichts mit denjenigen zu tun, die im Augenblick aus Rumänien und Jugoslawien kämen. Diese fielen nicht unter den Duldungserlaß vom Februar dieses Jahres. Dieser habe lediglich möglicherweise Wirkung auf einige hundert, vielleicht auch 1 000 Sinti und Roma.

Dr. Helmut Linsen (CDU), Fraktionsvorsitzender, bekräftigte, wenn ein Minister in einer Angelegenheit versage, sei es das gute Recht der Opposition, darauf aufmerksam zu machen. „Wir sind hier nicht im Mädchenpensionat“, meinte Linsen. An den Innenminister gewandt, sagte er: „Sie haben weder die Verfassung noch das Gesetz gewahrt und verteidigt.“ Im vergangenen Jahr habe Schnoor lediglich aufgrund einer mündlichen Behauptung von Mitarbeitern der Gesellschaft für bedrohte Völker wider besseren Wissens in einer Kurzschlußreaktion einen Abschiebestopp für Sinti und Roma verfügt. Hierbei habe er die Urteile höchster deutscher Gerichte, Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und eindeutige Lageberichte des Auswärtigen Amtes bedenkenlos beiseite geschoben. Der Innenminister als Verfassungsminister habe auch dann noch beharrlich an dem Abschiebestopp festgehalten, als die Vier-Wochen-Frist zur Beibringung von Nachweisen für eine politische Verfolgung bei weitem über-

schrritten und verstrichen gewesen sei. Auch die Innenministerkonferenz habe ihn nicht zu einer Umkehr bewegen können. Für die CDU-Fraktion erklärte deren Vorsitzender, er glaube, die Bundesrepublik Deutschland und NRW seien kein Einwanderungsland. Das Mitleid mit den Armen dieser Welt dürfe nicht zur Rechtsbeugung führen. Unter Hinweis auf den Arbeitsminister folgte der Fraktionschef, Herr Heinemann entwickle mehr Realitätssinn und Rechtsbewußtsein als der Innenminister dieses Landes. Denn dieser Innenminister unternehme mit seinem Erlaß vom 1. Februar einen bundesweiten Alleingang, um den Roma in NRW ein Bleiberecht zu ermöglichen. Dieser Erlaß stehe in krassem Widerspruch zu seinen öffentlich beteuerten Absichten, wonach es eine isolierte Regelung für NRW nicht geben solle: „Was sollen die Bürger im Lande von Ihren Worten überhaupt noch glauben“ fragte Linssen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erklärte, der Antrag der F.D.P. und die Rede des Herrn Linssen seien ein weiteres klassisches Beispiel dafür, wie im Rahmen der zur Zeit stattfindenden Diskussion über den Umgang mit ausländischen Minderheiten Stimmung gemacht und das Klima aufgeheizt werde. Die Vorgehensweise sei immer die gleiche: Man besetze das Thema mit populären Halbwahrheiten, Unterstellungen und schlicht falschen Behauptungen und gelegentlich auch mit Beleidigungen in der Hoffnung, das eine oder andere werde sich beim Publikum schon einprägen. Als Beispiel führte Schnoor an, der CDU-Fraktionsvorsitzende habe versucht, Leidenschaft aufzuputzen, indem er eine ganze Volksgruppe diffamiere, um dann gleichzeitig den Boden für ein Volksbegehren zu bereiten. Der Minister verwies ferner darauf, die angesprochenen Erlasse befaßten sich ausschließlich mit den jugoslawischen Roma — etwa 3000 Anträge für 5200 Personen — „für die ich gern eine Bleiberechtsregelung für rund 1000 Personen hätte.“ Mit Erlaß vom 1. Februar 1990 habe er dann geregelt, daß eine Gruppe Roma von NRW so lange geduldet werde, bis über ihre Anträge entschieden sei. Eine solche Verfahrensweise sei nicht rechtswidrig. Er habe sich damals informiert und eine Sachprüfung zugesagt. Er habe nicht erklärt: Sie können hier bleiben. Bei der Sachprüfung werde er sich um Fairneß gegenüber denjenigen bemühen, „die meinem Wort vertraut haben“. Zu dem Vorwurf der Opposition, daß diese Erlasse ein fatales Signal für die massenweise Einreise von Roma und Sinti aus osteuropäischen Staaten, insbesondere Rumänien gewesen seien, sagte Schnoor, diese Behauptung sei nicht nur unbewiesen, sie sei nachweislich falsch. Eine Entscheidung für einen kleinen Personenkreis würde besonders deutlich machen, daß ein Bleiberecht für alle anderen eben nicht in Betracht käme. Zum starken Zustrom von Menschen aus Ost- und Südosteuropa erklärte der Minister, man habe offene Grenzen seit Jahrzehnten von den Ostblockstaaten eingefordert. Die KSZE in Helsinki sei maßgeblich davon bestimmt gewesen. Auch die Zuwanderung rumänischer Roma sei eine Folge der neuen politischen Gegebenheit. In dieser Lage müsse man sich offen und ehrlich die Frage vorlegen: „Ist unser rechtsstaatliches System, das auch und gerade durch ein Verfahrensrecht gewährleistet ist, nur in Schönwetterperioden tauglich?“



Lydia Gnoss, die Witwe des Präsidenten des ersten Ernannten Landtags für Nordrhein-Westfalen, Ernst Gnoss, hat die erste Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebe (l.), besucht. Unter dem Bild ihres bereits 1949 verstorbenen Gatten stellten sich Frau Gnoss (r.) und die Präsidentin dem Fotografen zu einem Erinnerungsfoto. Ernst Gnoss (SPD) war am 2. Oktober 1946 bei der feierlichen Eröffnung des Ernannten Landtags im Beisein des Britischen Oberbefehlshabers, Marschall der Royal Air Force, Sir W. Sholto Douglas, zum Landtagspräsidenten gewählt worden. Gnoss, am 22. Juli 1900 in Mülheim an der Ruhr geboren, hatte sich vom Schriftsetzer zum Verlagsdirektor hochgearbeitet und war ab 5. April 1948 bis zu seinem Tode noch Minister für Wiederaufbau. Foto: Schüler

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) vermißte eine sachliche Diskussion. Wenn es die gäbe, dann könne man darüber reden, „was wir dazu beitragen können, eine über Jahrhunderte währende Geschichte von Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung der Völker der Roma und Sinti endlich zu beenden. Man könne dann ernsthaft die Frage stellen, ob die Deutschen nicht eine historische Schuld gegenüber diesen Völkern abzutragen hätten, die von den Nazis mit dem Ziel der Ausrottung durch ganz Europa verfolgt und ermordet worden seien, soweit der Arm der SS gereicht habe. Heute würden sie zunehmend kollektives Opfer von Übergriffen, von Pogromstimmungen, nicht nur in Rumänien, auch in Jugoslawien, auch in der CSFR, auch in Ungarn, und das zumeist mit offener oder verdeckter Billigung der staatlichen Autoritäten. Aber solche Diskussionen seien heutzutage nicht möglich. In Deutschland herrsche Wahlkampf, gesamtdeutscher Wahlkampf. Was liege für staatsmännische Politiker näher, als Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen und sich nach Sündenböcken umzusehen, gegen die man unter dem Beifall der deutsch-national bestimmten Volkseele zu Felde ziehen könne. Vor allem die Roma eigneten sich dafür ganz hervorragend. Ein Innenminister, der ihnen Zusicherungen mache, die ihnen Hoffnungen geben, daß ihre Vertreibungs-

Anschuldigungen des Regierungspräsidenten nicht gerechtfertigt

Die Landebahn auf dem Flughafen Köln/Bonn ist nicht verlängert worden. Die Baumaßnahme habe lediglich dazu gedient, den Sicherheitsstreifen am Startbahnhof L32 so herzurichten, daß er seiner flugbetrieblichen Aufgabe besser gerecht werde. Die Landesregierung sehe in der Befestigung des Sicherheitsstreifens kein rechtswidriges Tun, ganz im Gegenteil: Aus Sicherheitsgründen sei die Befestigung dieses Streifens durch den damals zuständigen Wirtschaftsminister mit Schreiben vom 5. Januar 1989 ausdrücklich verlangt worden. Die öffentlichen Anschuldigungen des Regierungspräsidenten Köln seien daher nicht gerechtfertigt. Das erklärte der Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, Franz Josef Kniola (SPD), auf die Mündliche Anfrage 30 des CDU-Abgeordneten Dr. Ottmar Pohl. Zu der Anlage eines Parkplatzes meinte Kniola, es habe sich nicht um ein genehmigungspflichtiges, sondern um ein anzeigepflichtiges Bauvorhaben gehandelt. Diese Anzeige sei am 9. August dieses Jahres erfolgt.

geschichte jetzt in NRW beendet werden könnte, sei natürlich in diesen Zeiten für den gestandenen Deutschen eine Zumutung.

Erika Rothstein (SPD) zeigte sich empört darüber, daß der CDU-Fraktionsvorsitzende Roma grundsätzlich als Kriminelle dargestellt habe; die „Unflätigkeiten“ gingen über jeden politischen Stil hinaus. Die CDU habe versäumt, Alternativen aufzuzeigen, während die SPD bereits aktiv geworden sei. Ob es Absicht der CDU sei, nach dem Fall der Berliner Mauer eine neue Mauer um NRW herum zu bauen?

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) fragte, ob es liberal sei, Menschen in Containern unterzubringen, sie „ein bißchen Wohlstandsluft schnuppern“ zu lassen, um sie dann wieder abzuschleppen. Die SPD sollte sich sagen lassen, wie die Situation vor Ort wirklich ist, anstatt im Landtag „scheinheilig“ zu tun, als wüßte an um die Probleme nicht.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) rief alle liberalen und demokratischen Kräfte im Lande auf, gegen den CDU-Generalangriff auf das Asylrecht zusammenzustehen. Die F.D.P. hingegen solle sich wegen ihres Antrags „schämen“: Er verstärke die Stimmungen der Stammtische und fördere nicht eine rationale und sachliche Diskussion.

Stefan Frechen (SPD) kündigte an, seine Fraktion werde sich nicht an der Manipulation beteiligen, die die CDU in ihrem Antrag unternommen habe: Keine Lösungsvorschläge, aber falsche Behauptungen und aus dem Zusammenhang gerissene Zitate.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) erhob den politischen Vorwurf, wer, wie der Innenminister, das Asylrecht „so traktiert, strapaziert und mißachtet“, der Sorge erst dafür, daß Artikel 16 keine Akzeptanz in der Bevölkerung mehr finde. Solange es ein Gesetz gebe, müsse man sich daran halten und es nicht „aus menschlicher Schwäche kaputtmachen“.

CDU: Asylrecht sichern — Mißbrauch verhindern — Grundgesetz ändern

SPD-Mehrheit für Abhilfe gegen Zustrom ohne Grundgesetzänderung

Heinz Paus (CDU) bezeichnete den Antrag als Resümee aus der mit bisher nicht gekannter Heftigkeit geführten Diskussion, die sich an beängstigenden Asylbewerberzahlen entzündet habe. Die verfehlte Asylpolitik des Innenministers habe nun auch die SPD-Fraktion teilweise öffentlich korrigiert, wie ihr Antrag zeige. Eine grundlegende Reform des Asylrechts sei nötig. Eine Anpassung des Grundgesetzes dürfe nicht länger tabu sein. Zuvor müsse es Konsens über ein Asylgesetz geben. Hierzu habe die CDU offene Formulierungen gewählt, denen die SPD zustimmen könne. Es gebe keine Ausländerfeindlichkeit in NRW, aber hunderttausendfacher Mißbrauch des Asylrechts zur Einwanderung könne nicht länger geduldet werden. Enorme Verwaltungskraft werde bisher für aussichtslose Verfahren aufgebracht, außerdem Milliardenbeträge, die der Entwicklungshilfe verloren gingen. Im SPD-Antrag würden Vollzugsdefizite klar formuliert, die von der CDU übernommen werden könnten, nur deren Überschrift nicht. Mit dem CDU-Antrag solle ein Votum für einen offenen Dialog über eine rasche Reform abgegeben werden, wie ihn auch Rau in seiner Regierungserklärung befürwortet habe. Die Bürger erwarteten zu Recht, daß ein Mißstand abgestellt werde. „Das ganze Elend in den Mauern dieser Stadt, das geht nicht!“ zitierte der Redner einen Zeitungsbericht.

Wolfram Kuschke (SPD) meinte, der CDU-Antrag bringe für die Lösung der Probleme nichts. Daher werde die SPD nicht zustimmen. Nicht die NRW-Politik übe Sogwirkung aus, sondern das Wohlstandsgefälle und das Wegfallen des Eisernen Vorhangs. Die SPD versuche, offene Flüchtlingspolitik zu betreiben, begleitet von Sorgfalt und Fingerspitzengefühl. Im Jahrhundert der Flüchtlinge müsse in europäischer Dimension aktivere Hilfe in den Herkunftsländern einsetzen. Wie der Beauftragte Wischnewski müßten Regierungen über Rückkehrmöglichkeiten mit den Herkunftsländern reden. Der Grundgesetzartikel 16 sei von einem F.D.P.-Bundespolitiker als Lebenslüge von Innenministern bezeichnet worden, die Änderung führe tatsächlich nicht weiter. Briefe von Bürgern und der beiden großen Kirchen würden ernstgenommen. Mahnen allein reiche jedoch nicht.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) stimmte Vorschlägen im CDU-Antrag zu, die auch die F.D.P. schon gemacht habe. Es müsse zu einer europäischen Lösung kommen. Die CDU sage nicht, wie der Artikel 16 geändert werden solle, verlange aber direkte Abstimmung. Bei der differenzierten Rechtsprechung genüge eine Diskussion nicht. Die F.D.P. stimme nicht zu und wolle auch das Grundgesetz nicht ändern. Der SPD-Antrag sei mit heißer Nadel gestrickt und verschiebe Änderungen nach Bonn. Effekthascherei mache die F.D.P. nicht mit. Das Ausländergesetz der Bonner Koalition, das vorgezogen werde, sei nicht berücksichtigt. Ein vernünftiger Antrag hätte gemeinsam erarbeitet werden können. Die öffentliche Meinung schaukele sich am Innenminister hoch, der das Gesetz nicht durchführe.

Nach lebhafter Aussprache über den CDU-Antrag „Asylrecht sichern, Mißbrauch verhindern, Grundgesetz ändern“ (Drs. 11/316) und die fünfseitige SPD-Entschließung „Maßnahmen zur Bewältigung der Probleme im Asylbereich“ (Drs. 11/388) lehnte die SPD-Mehrheit in Plenum am 20. September eine Grundgesetzänderung zur Verschärfung des Asylrechts, wie von der CDU gefordert, ab und stimmte den Maßnahmen ihrer Entschließung zu.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) warf den Vorrednern vor, mit Menschenrechten, wie beim Weltkindertag, immer nur Deutsche zu meinen und bei der Asylpraxis ein europäisches Informationssystem einführen zu wollen. Angesichts 1,9 Millionen Deutschstämmiger in der UdSSR, 750 000 in Polen und weiterer zigtausender aus der ČSFR, Ungarn und Rumänien, die auf Ausreise warteten, sei die Diskussion über wenige Roma schäbig. Mit der Öffnung der Ostgrenzen komme man nicht zurecht. Die beschämende Praxis der Asylrechtseinschränkungen müsse aufhören. Über Einwanderungspolitik müsse nach internationalen Kriterien gesprochen werden.

nungsbaus und von Infrastrukturen. Dankenswerterweise verschließe sich die Kirche der Herausforderung nicht.

Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) mahnte die deutsche Geschichte an, aus der zu lernen sei, was Flucht mit gefälschten Pässen bedeute. Erschütternd sei, Asylbewerbern per Gesetz weniger Platz zuzugestehen als Schäferhunden. Der SPD-Antrag trage zur Verschärfung bei.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) forderte die CDU auf, Roß und Reiter zu nennen, welche Maßnahmen sie ergreifen wolle. Um jeden Abgeschobenen tue es ihm



Unterschiedliche Positionen über Maßnahmen gegen den Asylbewerberstrom, v.l.: Heinz Paus (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Roland Appel (DIE GRÜNEN), Minister Hermann Heinemann (SPD). Fotos: Schüller

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) hob Übereinstimmung mit dem Innenminister hervor, daß die Aufnahme nicht beliebig gesteigert werden könne. Das Engagement für die Menschen schließe Verurteilung krimineller Schleppermethoden nicht aus. Arme Menschen würden mit falschen Vorstellungen in die BRD gebracht. Aufnahmekraft und Konfliktpotential seien erschöpft. Schnelle Hilfe tue not. Den Zustrom könne das Land aber nicht stoppen; die Bundesregierung scheine sich zu bewegen. Bei Unterkunftsbeschaffung helfe Bonn nicht. Sachleistungen statt Geld solle vor allem die Schlepper treffen, obwohl das höheren Verwaltungsaufwand erfordere. Für die vorläufige Unterbringung seien im Nachtragshaushalt 180 Millionen Mark vorgesehen.

Maria Opladen (CDU) äußerte Erstaunen über Haßtraden in Reden gegen die CDU. Bei der Grundgesetzänderung gehe es um Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Der SPD-Antrag ähnele einem Warenhauskatalog, beim Bewerber-Zuzug gebe es erhebliche Vollzugsdefizite.

Horst Radtke (SPD) rief zur Zurückhaltung auf, mit der Not von Menschen billigen Wahlkampf zu machen. Wichtig sei die Wiederaufnahme der Förderung sozialen Woh-

leid, denn es lägen Gründe vor für das Kommen. Zentrale Anlaufstellen des Ausländeramts seien von der CDU nicht unterstützt worden. Das Grundgesetz dürfe nicht tagespolitischer Opportunismus geopfert werden. Dessen Väter und Mütter seien entschieden für das uneingeschränkt einklagbare Grundrecht eingetreten, die Wertordnung sei auch heute verpflichtend.

Dr. Helmut Linssen (CDU) Fraktionsvorsitzender, erwiderte, es gehe nicht um die von Schnoor aufgezählten Minderheiten, sondern um ganze Völkerscharen aus Osteuropa. Wer das Grundrecht schützen wolle, müsse den Mißbrauch eindämmen. Das Problem der Zuwanderung werde schärfer als das Abschieben und sei nur nüchtern und abgewogen in den Griff zu bekommen.

Das Zitat

„Ich kann die Frage gern mit ‚Sie‘ wiederholen!“ bot der Fraktionsgeschäftsführer der GRÜNEN, Dr. Michael Vesper, dem amtierenden Vizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) an, nachdem dieser ihn wegen Duzens eines Kollegen bei einer Zwischenfrage auf „die übliche Form der Anrede“ im Parlament hingewiesen hatte.

Aktuelle Stunde II:

Konsens in der Bedeutung des Familienbetriebs in der Landwirtschaft

„Gefährdung bäuerlicher Existenzen im Zuge der Vereinigung — Auswirkungen der deutschen Einheit auf die bäuerliche Landwirtschaft und vor- und nachgelagerten Bereich (mittelständische Unternehmen im Bereich von Verarbeitung und Vermarktung) in Nordrhein-Westfalen“ — zu diesem Thema debattierte der Landtag auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN am 20. September.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) begründete die Aktuelle Stunde mit der Tatsache, „daß als Folge des deutschen Einigungsprozesses die Landwirtschaft in Westdeutschland, also auch in Nordrhein-Westfalen, einem noch stärkeren Konkurrenzdruck als bisher ausgesetzt ist“. Derzeit bestehe die Gefahr, daß die Landwirtschaft im Lande zwischen Holland und den östlichen Bundesländern „aufgerieben wird“. Die Probleme seien so groß, daß alle Fraktionen des Landtags und die Landesregierung zum Handeln aufgerufen seien, um die bäuerliche Landwirtschaft, ein ganze Kultur und die Kulturlandschaft zu retten. Der Minister solle dafür sorgen, daß gerechte Preise bei Intensitätsenkung erlöst werden und im Bundesrat Schutzmaßnahmen herbeiführen.

Johannes Gorlas (SPD) zeigte sich überzeugt, daß das Chaos in der DDR-Landwirtschaft auch negative Folgen für die NRW-Landwirtschaft hat, das zeige sich etwa schon an der Einschleppung der Leukose-Seuche. Auf Dauer jedenfalls könnten so unterschiedliche Agrarstrukturen und Förderungssysteme nicht nebeneinander bestehen. Die Neuorganisation der DDR-Landwirtschaft müsse schnell kommen, die Betriebe aber brauchten Übergangsfristen und Hilfe und Sachverstand — Geld allein genüge nicht.

Heinrich Kruse (CDU) stellte fest, die Fehler einer 40jährigen Diktatur könnten nicht in 40 Wochen korrigiert werden. Es sei einfacher, ein Industriekombinat in eine GmbH umzuwandeln, als aus einer LPG 100 bäuerliche Familienbetriebe zu machen. Wer sich hierzulande aber mit unanständigen DDR-Geschäften eine goldene Nase verdient habe, der gehöre boykottiert, und wer die Leukose eingeschleppt habe, der dürfe nicht auf Hilfe und Solidargemeinschaft vertrauen. Der Minister sei allerdings zu fragen, warum er nicht durch Kontrollen die Einschleppung der Seuche verhindert habe.

Friedel Meyer (F.D.P.) vermochte eine Gefährdung der heimischen Landwirtschaft nicht zu erkennen. Auch in der Landwirtschaft gebe es keine hundertprozentige Absicherung, nötig sei, daß hier auf Dauer marktwirtschaftliche Regeln zum Tragen kämen. Für eine Übergangszeit sei staatliche Hilfe erforderlich, und es müßten für Ausgleichsmaßnahmen entsprechende Entschädigungen gezahlt werden. „Wenn diese Betriebe sich dann in ihrer Größenordnung unseren Familienbetrieben in etwa angeglichen haben, müssen diese natürlich auch



Rund 300 Kinder hat die CDU-Landtagsfraktion aus Anlaß des Weltkindertages am 20. September in den Landtag eingeladen. Die sechs- bis dreizehnjährigen Mädchen und Jungen durften an einer Kinderpressekonzferenz teilnehmen und CDU-Politikern Fragen stellen. Während sich die jüngeren Unterstützung bei fehlenden Spielplätzen und langweiligen Schulhöfen erhofften, fragten die älteren Kinder nach Tierversuchen, Lehrermangel und Abholzung tropischer Regenwälder. Die jungen „Journalisten“ waren gut vorbereitet. Sie hatten Tage vorher bereits mit ihren Lehrern Themenkataloge erarbeitet. Das Bild zeigt in der Mitte vorne den CDU-Vorsitzenden im Land und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Rechts neben ihm Gregor Gregull (CDU) sowie Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen. In der Mitte im Hintergrund Antonius Rösenberg (CDU).
Foto: Schüler

den Rahmenvorschriften der EG unterliegen, damit eine Wettbewerbsgleichheit für beide Seiten gegeben ist.“

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) hielt es nicht für wünschenswert, die in der DDR ausgeprägten Strukturen für die Zukunft zu erhalten: Kollektivierte Großbetriebe von über 5000 Hektar hätten sich nicht nur als ineffektiv, sondern auch als ungeheuer umweltzerstörerisch erwiesen. Mit guten Gründen halte man hierzulande am bäuerlichen Familienbetrieb fest: „Wir brauchen die bäuerliche Landwirtschaft auch wegen der gewachsenen Sozialstrukturen in den ländlichen Gebieten und als zunehmend wichtigeren ökologischen Faktor.“

Hermann-Josef Schmitz (CDU) sah die Gefahr vor allem in den in Unordnung geratenen Agrarmärkten, aber diese stabilisierten sich inzwischen wieder, weil die Bundesregierung massive Marktentlastungsmaßnahmen eingeleitet habe. Damit halte die Bundesregierung die aktuelle Gefährdung unserer bäuerlichen Betriebe durch die Wiedervereinigung in Grenzen. Die Politik müsse den landwirtschaftlichen Betrieben in der DDR Entwicklungschancen bieten „und gleichzeitig unsere Betriebe nicht gefährden“.

Horst Steinkühler (SPD) rief zur Hilfe für die Umstrukturierung der DDR-Landwirtschaft auf, falls sie gewünscht werde. Aber die Wirtschaftskraft der größeren Betriebe, die es weiterhin geben werde, dürfe nicht zu Lasten der bäuerlichen Familienbetriebe in NRW gehen. Die SPD habe eine Große Anfrage eingebracht, die auch zu diesem Themenkomplex Antwort verlange.

Wilhelm Krömer (CDU) sprach sich für eine Regionalisierung der EG-Agrarpolitik aus, die werde immer wichtiger, weil die Strukturen so unterschiedlich seien. Nur durch schnellen Aufbau der Landwirtschaftsstruktur lasse sich verhindern, daß die Inhaber von Agrarfabriken mit ihrem Kapital die DDR-Großbetriebe in „Agrargesellschaften,

Agrargemeinschaften oder Agrarwerke und -betriebe umfunktionieren werden“.

Hans-Dieter Moritz (SPD) warnte davor, angesichts der Vereinigungsprobleme den kommenden EG-Binnenmarkt und die anstehenden GATT-Verhandlungen aus den Augen zu verlieren. Wer der Landwirtschaft hierzulande wirklich helfen wolle, der brauche einen langen Atem und müsse den Bestrebungen widerstehen, die einen Abbau des gesamten Außenschutzsystems verlangen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) sah gute Gründe, an der Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft festzuhalten: Sie produziere nicht am Markt vorbei, ihre Produktivität sei höher als in der DDR. Für die Einkommenssituation der Bauern sei es wichtig, daß keine Überschüsse produziert würden, darum sollten die Mengenbegrenzungen auf die DDR übertragen werden, die im Rahmen der EG gelten.

Walter Grevener (SPD) erkannte zwar an, daß die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen habe, aber die seien nicht rechtzeitig getroffen worden. Die Probleme seien vorausgesehen gewesen, darauf habe die SPD immer hingewiesen. Grevener erinnerte an die Selbstverantwortung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Viehhandels, sich an die veterinärrechtlichen Bestimmungen zu halten.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) appellierte an die politische Verantwortung des Landwirtschaftsministers: Er solle als „Gärtner zur Heckenschere“ greifen, um den Wildwuchs beim Zusammenwachsen dessen, was nicht zusammengehöre, zu beschneiden. „Hier ist ein wilder Wucherungsprozeß im Gange, wo Monokulturen aus einem überdüngten Trümmerfeld gewachsene, noch vielfältige Strukturen zu ersticken drohen.“

Minister Klaus Matthiesen (SPD) nannte es kleinkariert zu denken, daß es jetzt darum

Fortsetzung Seite 15

Minister Heinemann stellt politische Schwerpunkte der nächsten Jahre vor

Anstrengungen für ein Alter in Würde und Selbstbestimmung

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge am 12. September unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD), nannte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann (SPD), die Arbeitsschwerpunkte in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik in der gerade begonnenen 11. Legislaturperiode.

In der Behindertenpolitik sei die soziale Integration zu fördern. Neben den vielfältigen und bewährten Maßnahmen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur beruflichen und sozialen Rehabilitation sollen in den nächsten Jahren durch ein Aktionsprogramm defizitäre Bereiche in der Integrationspolitik für behinderte Menschen aufgespürt und Lösungen erarbeitet werden. Dabei sollen insbesondere solche Konzepte gefördert werden, die basierend auf dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ integrativ und ortsnahe ausgelegt sind.

Bei der Arbeitsmarktpolitik gehe es um Qualifizierung, vorbeugende Beschäftigungspolitik und Arbeitszeitpolitik. Daneben seien das Landesprogramm Mensch und Technik — Sozialverträgliche Technikgestaltung — als kontinuierliche Aufgabe fortzusetzen und das Institut „Arbeit und Technik“ als Teil des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen auszubauen sowie die Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW (TBS) zu fördern.

Den Sondergruppen des Arbeitsmarktes, etwa bei der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und in die Werkstätten für Behinderte sei besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bedeutung des Arbeitsschutzes sei durch organisatorische Neuordnung Rechnung zu tragen, die Gesundheitsprävention in der Arbeitswelt zu verstärken, wobei mit der Bio- und Gentechnik dem Arbeitsschutz eine neue Herausforderung zugewachsen sei. Der Minister kündigte unter anderem flächendeckende Kontrollen der Lenkzeiten im Straßenverkehr an und sprach sich für die Integration des Heimarbeitsschutzes in den technischen Arbeitsschutz aus.

In der Gesundheitspolitik bezeichnete Minister Heinemann folgende Aufgabenfelder:

- Krankenhausplanung und -finanzierung
- Neue präventive Gesundheitspolitik
- Sucht- und Drogenpolitik
- Fortsetzung der Landes-AIDS-Politik
- Einführung einer neuen Landesgesundheitsberichterstattung
- Novellierung des Maßregelvollzugsgesetzes
- Novellierung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
- Modellmaßnahmen zur Frühförderung

Behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder

- Neues Rettungsdienstgesetz. Dies Vorhaben sei sehr dringlich, am Entwurf werde bereits gearbeitet.

Im Pflegebereich werde an der Umsetzung des Gesetzes über Weiterbildung in der Alten- und Krankenpflege sowie an der Novellierung des Heilberufsgesetzes gearbeitet. Es sei vorgesehen, Regelungen zu den Ethikkommissionen der Ärztekammern zu finden, den Patientenschutz durch Klärstellung bei den Regelungen zu den Gutachterkommissionen bei den Ärzte- und Zahnärztekammern zu verbessern und die Zuständigkeit für die Genehmigung von Einrichtungen für künstliche Befruchtungen zu regeln.

Der Einstieg in eine grundlegende Reform der Mediziner Ausbildung solle fortgeführt werden. Wichtige Aufgabe sei auch die Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Staatsbades Oeynhausen.

Zu den größten Herausforderungen der neuen Legislaturperiode werden — so der Minister weiter — die landespolitischen Aufgaben zählen, die durch den wachsenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung bedingt sind. Die Landesregierung werde hier auf dem Fundament des bisher Erreichten erhebliche Anstrengungen unternehmen, um den Bürgerinnen und Bürgern ein Alter in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Vorrangiges Ziel müsse es sein, Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Menschen im Alter mit einem abgestuften Konzept der Hilfe sicherzustellen. Alle Anstrengungen müßten in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen der Menschen darauf gerichtet sein, Abhängigkeiten von Hilfs- und Pflegeleistungen möglichst zu vermeiden. Andererseits heiße dies: Um stärkere Abhängigkeiten zu vermeiden, muß schon frühzeitig auf einer weniger umfassenden Stufe mit der Hilfe begonnen werden. Sollen Heimaufenthalte verhindert werden, dann muß den Menschen ambulant zu Hause geholfen werden. Insgesamt ist ein sehr ausdifferenziertes Netz der Hilfe bereitzustellen, das in der Lage ist, auf unterschiedlichste Bedürfnisse vernünftig zu reagieren.

Dazu gehören Strukturen, die Familien helfen, Angehörige zu pflegen, die Selbsthilfegruppen in ihrem Bemühen fördern, den Weg ins Pflegeheim abzuschneiden und die die Selbsthilfkräfte der alten Menschen unterstützen und anregen, damit das Altenpflegeheim nur in möglichst seltenen Fällen in Anspruch genommen wird. Alle Anstrengungen, mit Investitionen allein diese Probleme nachhaltig abzumildern, blieben aber Stückwerk — so der Minister —, wenn nicht Menschen gewonnen werden, die bereit sind, in den Einrichtungen der Altenhilfe zu arbeiten.

Die soziale Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit sei in der Bundesrepublik nach wie vor völlig unbefriedigend geregelt. Wer zum Pflegefall wird oder einen pflegebedürftigen Angehörigen hat, muß die Folgen selbst tragen. Ältere Pflegebedürftige, die auf Heimpflege angewiesen sind, werden allein deshalb zu Sozialhilfeempfängern, weil sie pflegebedürftig sind. Pflegebedürftigkeit ist zu einem allgemeinen Lebensrisiko geworden, dessen soziale Absicherung umfassend reformiert werden muß.

In der Diskussion wurde von den Sprechern der CDU-Fraktion, Hermann-Josef Arentz und Georg Gregull, darauf hingewiesen, der Bericht des Ministers sei ein Dokument der eigenen Versäumnisse. Außerdem seien es vor allem im Bereich der Altenhilfe alles Ankündigungen ohne Präzisierung. Zum Beispiel bei den Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätzen gebe es keine konkreten Vorstellungen. Minister Heinemann dagegen: Es sei beabsichtigt, rund 10000 Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen. Es müsse allerdings dabei verhindert werden, daß daraus Dauerpflegeplätze werden.

Für Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) war es von Interesse zu erfahren, welche Gebiete vom Minister nicht aufgeführt worden seien, etwa die Altersarmut. Obwohl es an die zwei Millionen Sozialhilfeempfänger im Lande Nordrhein-Westfalen gebe, sei dies für den Mini-



Auch in dieser Legislaturperiode eine wichtige Aufgabe: Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Staatsbades Oeynhausen.

ster kein Schwerpunkt. Auch der Bereich der Frauenförderung und Frauengleichstellung fehle im Bericht. Im ganzen sei dies eine nachsorgende „Reparaturpolitik“. Den zentralen Forderungen werde ausgewichen. Positive Aspekte gebe es natürlich auch, aber sie gingen unter.

Horst Radtke (SPD) begrüßte für seine Fraktion den Bericht des Ministers und wies darauf hin, von einem solchen Programm könne man heute noch keine Ergebnisse erwarten. So sei die Absicherung des Pflegefallrisikos nicht nur eine Aufgabe des Landes, sondern eine Aufgabe auf Bundesebene, betonte Radtke und erhielt Zustimmung von Heinrich Dreyer (CDU): Mann müsse sich um eine einvernehmliche Lösung bemühen. Eine Garbe (SPD) dankte dem Minister, daß er die Altenpolitik zu einem Schwerpunkt gemacht habe. Im übrigen hoffe sie sehr, daß der angekündigte Landesaltenplan Ende dieses Jahres vorgelegt werde.

Arbeitsplanung im Ausschuß „Mensch und Technik“ Neue Techniken ganzheitlich sehen

Der Landtag hat in dieser Legislaturperiode einen neuen Ausschuß, der die Arbeit der 1987 vom Landtag eingesetzten Kommission „Mensch und Technik“ fortsetzt. Zur Vorsitzenden wurde Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) gewählt (siehe Foto). Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Wolfram Kuschke (SPD). – In der Sitzung am 14. September ging es um neue Informations- und Kommunikationstechniken im Parlament und um das Arbeitsprogramm des Ausschusses in der elften Wahlperiode.



In dem Gutachten „Inhalt und Gestaltung parlamentarischer Arbeit im Bereich „Mensch und Technik“, das Professor Dr. Henning (TH Aachen) im Auftrag des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen im März 1990 vorlegte, heißt es, daß der Versuch, Fragen der Technikfolgenabschätzung übergreifend zu den bestehenden Landtagsausschüssen zu behandeln, „als gelungen bezeichnet werden kann und auf jeden Fall weiterverfolgt werden sollte“. Weiter heißt es in dem Gutachten: „Nordrhein-Westfalen kann als ein positiver Modellfall für die Umgestaltung einer alten, im Zentralbereich über zehn Millionen Menschen umfassenden Industrieregion gelten, der weltweit auf Interesse und Nachfrage stößt; Nordrhein-Westfalen kann darüber hinaus zeigen, daß eine unter sozial- und umweltverträglichen Entwicklungszielen und Prinzi-

pien vorangetriebene Zukunftsgestaltung langfristig auch wirtschaftliche Vorteile gegenüber rein technisch orientierten Industrieregionen bietet.“

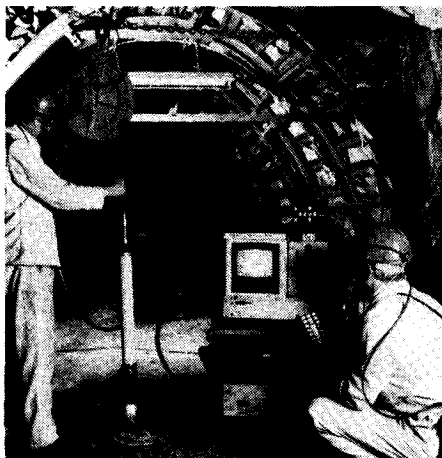
Für die weitere Arbeit des neuen Ausschusses werden in dem Gutachten Vertiefungen der bisher behandelten vier Technikfelder (Informations- und Kommunikationstechniken, Bio- und Gentechnologie, Neue Fertigungstechniken und Neue Werkstoffe) vorgeschlagen und darüber hinaus neue Technikfelder empfohlen. Der Ausschuß war sich einig darüber, daß dieses Gutachten als

Grundlage für die weitere Arbeit dienen soll. Bei der Ausschußsitzung am 14. September referierte zum Thema „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ als Sachverständiger Dr. Peter Mambrey, Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (Bonn), über die Erfahrungen des Deutschen Bundestages mit der Informationstechnik.

Einerseits sei eine leistungsfähige Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf die Nutzung dieser Techniken angewiesen, andererseits drohe dadurch ihre Kontrollierbarkeit durch das Parlament erschwert zu werden. So liege es scheinbar nahe, auch das Parlament informationstechnisch „aufzurüsten“.

Dr. Mambrey machte deutlich, daß das Problem der Abgeordneten nicht in erster Linie die Menge an Informationen sei, sondern vielmehr ihre schnelle Verfügbarkeit. Zudem bestehe ein Großteil der Abgeordnetentätigkeit weniger in der Informationsverarbeitung als vielmehr in der Präsenz im Wahlkreis, bei Veranstaltungen usw. Zudem zeigten die Bonner Erfahrungen, daß es weniger die Abgeordneten seien, die sich der neuen Technik bedienen, als vielmehr ihre Mitarbeiter und Assistenten.

Der Abgeordnete Helmut Hellwig (SPD) stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die neuen Informationstechnologien im Landtag nicht nur unter dem Aspekt der besseren Informiertheit der Abgeordneten zu sehen seien, sondern auch unter dem Aspekt einer besseren Transparenz der Landtagsarbeit für die Bürgerinnen und Bürger.



Präzise Vermessungen unter Tage geben Aufschluß über Gebirgs- und Bodenbewegungen. Kartographie und Rißwesen sind auf genaue Daten angewiesen, die aber auch für Forschung und Technikgestaltung benötigt werden. Foto: DMT e.V.

Als nachgeordneter Bereich unterstehen das LOBA als Oberbehörde und zehn Bergämter dem NRW-Wirtschaftsministerium. In den sieben Abteilungen des LOBA werden technische Entwicklungen, Unfälle, Berufskrankheiten überwacht, technische Regelwerke erlassen und Bergbaumaßnahmen genehmigt. Die Bergämter beaufsichtigen Betriebe und Planungen des Bergbaus, der in NRW 151 000 Mitarbeiter beschäftigt, davon rund 90 Prozent im Steinkohlenbergbau. Von 377 Bediensteten wird die staatliche Aufsicht über den Bergbau in NRW ausgeübt.

Problemverlagerungen und neue Aufgaben stellen sich, so erläuterte Vizepräsident von Bardeleben, der Bergaufsicht nicht nur

Grubenausschuß beim Landesoberbergamt Dortmund Antragsflut für rationelle Energie

Um neuen Mitgliedern Einblick in die Tätigkeit der NRW-Bergbehörden zu geben und sich über neue Aufgaben zu informieren, besuchte der Ausschuß für Grubensicherheit am 14. September unter Leitung seines Vorsitzenden Helmut Marmulla (SPD) das Landesoberbergamt (LOBA) in Dortmund. Das aktuelle Unfallgeschehen, die neue Gesundheitsschutz-Bergverordnung und Probleme bei der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus waren weitere Themen der Sitzung.

durch immer größere Teufen, höhere Anforderungen an den Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz und den technischen Fortschritt, sondern auch durch aufwendigere Rechtsverfahren, durch den EG-Binnenmarkt und durch neu zu schaffende Bergbehörden in der DDR. Für Beratungsaufgaben in der DDR wurden vier neue Stellen beantragt. Mehrbedarf trotz der Anpassung der Bergbehörde an den schrumpfenden Bergbau im Jahre 1988 (zwei Bergämter weniger) gebe es auch für Spezialaufgaben bei Gaskohlenausbrüchen, neuen Gefahrstoffen und bei der Prozeßleittechnik, die sich stürmisch weiter entwickle.

Auch das Landesabfallgesetz sorgte für Mehrarbeit. Auf den 53 Abfalldeponien unter Bergaufsicht seien 1989 fast elf Millionen Tonnen Abfall entsorgt worden. Von 304 Altlast-Verdachtsflächen stünden noch 63 unter Bergaufsicht.

Das Förderprogramm zur rationellen Energieverwendung der Landesregierung von 1987, dessen Durchführung dem LOBA übertragen worden sei, haben eine Antragsflut ausgelöst, von 90 im Jahre 1988 auf 1 800 allein im laufenden Jahr. Für Wärmerückgewinnung, Energie aus Klärgas, Depo-niegas und Biogas solle die breitere Anwen-

dung bereits erprobter Technologien gefördert werden.

Mit umfassenden Aufgaben von der Sicherheit des Betriebs bis zum Umweltschutz mit Wiedernutzbarmachung des Abbau-Geländes sei, so ergänzte Präsident Schelter, die Bergaufsicht mit anderen Sparten staatlicher Aufsicht nur schwer vergleichbar. Für dynamische Betriebsstandorte und wandernde Lagerstätten reiche punktuelle Überwachung nicht aus. Die spezifische Gefährlichkeit für die Beschäftigten und Beeinträchtigungen für Dritte, für Sachgüter und für die Erdoberfläche erforderten vielmehr die laufende Beobachtung und Überwachung.

In der Aussprache kamen auch grundsätzliche Probleme der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus zur Sprache, wobei Vorsitzender Marmulla allerdings auf die begrenzte Zuständigkeit des Ausschusses verwies. Angesichts abnehmender Akzeptanz des Kohlebergbaus bei der Bevölkerung erfragten die Abgeordneten die abgewogene Beurteilung der Experten von Aufwand und Kosten für Sicherheit und Umwelt gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Nutzen des nationalen Energieträgers Kohle.

Landtagspräsidentin in Meerbusch: Kommunen stärken

Der „liebvollen Umarmung“ durch die großen Nachbarn widerstanden

Aus Anlaß des Festaktes zum 20jährigen Bestehen der Stadt Meerbusch hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 19. September in Meerbusch „die herzliche Gratulation des Landtags Nordrhein-Westfalen“ überbracht. „Unser Landesparlament hat der Stadt Meerbusch in den zwanzig Jahren ihres Bestehens wahrlich einige Wechselbäder beschert“, betonte die Präsidentin.

Frau Friebe erinnerte in ihrer Festansprache an Probleme, die die kommunale Neugliederung in den 70er Jahren aufgeworfen hatte. Zunächst durch Zusammenlegung von Büderich, Osterath und den Gemeinden des Amtes Lank aus der Taufe gehoben, habe die Stadt Meerbusch schon weniger als fünf Jahre später auf ihre großen Nachbarn Düsseldorf und Krefeld aufgeteilt werden sollen. Dies sei am Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen gescheitert, der das auf Meerbusch bezogene Neugliederungsgesetz für nichtig erklärt habe, weil das erforderliche Anhörungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden sei. Die nachfolgenden Reparaturbemühungen im Landtag hätten schließlich, nach der Diskussion mehrerer Modelle und in Abweichung von der Vorlage der Landesregierung, zur Beibehaltung der Selbständigkeit Meerbuschs geführt, sagte die Landtagspräsidentin.

Sie fuhr fort: „Einen vergleichbaren Kampf, nämlich den der Stadt Monheim, habe auch ich miterlebt und als Bürgermeister mitgestalten dürfen. Man kann daher mit Fug und Recht sagen, daß die Stadt Meerbusch und die Stadt Monheim gerade in jener Zeit der Neugliederung Leidens-, aber auch Bundesgenossen waren.“ Sie freute sich für Meerbusch und Monheim, daß beide Kommunen erfolgreich ihre Selbständigkeit hätten verteidigen können. Man habe der „liebvollen Umarmung“ der großen Nachbarn durch gelebtes Selbstbewußtsein und tatkräftige Überzeugungsarbeit widerstanden. Die Präsidentin fuhr fort, die gesamte Neugliederungsdiskussion Mitte der 70er Jahre habe die Bestimmungen der Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und Artikel 78 der Landesverfassung NRW erst mit Leben erfüllt und ihren Wert im Bewußtsein der Bevölkerung verankert. Ganz zweifellos sei das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung eine der tragenden Säulen demokratischer Kultur. Es sei darüber hinaus ein unabdingbares Element einer funktionierenden Verwaltung.

Auf die deutsche Einigung verweisend, erklärte sie, es werde darauf ankommen, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen. Es werde darauf ankommen, im Osten Deutschlands die Dienstleistungssysteme Kommune und Kommunalverband zu entwickeln und aufzubauen, um für deren Bewohner die Lebensverhältnisse zu schaffen, die im Westen schon längst Standard seien. Das bedeute, daß man die Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung in der kommunalen Selbstverwaltung einbringen müsse. Als Bürgermeisterin einer rheinischen Mittelstadt sei es ihr Anliegen, auf deutscher und europäischer Ebene so viel Entscheidungskompetenzen wie möglich auf den regionalen und lokalen Ebenen zu belassen. Dies bedeute die Notwendigkeit, gerade auch die kommunale Selbstverwaltung dort, wo sie etabliert sei, zu festigen



Ingeborg Friebe

und zu stärken, dort, wo sie erst noch verankert werden müsse, aufzubauen und zu entwickeln, schloß die Präsidentin.

Wahlprüfung

Der Wahlprüfungsausschuß des Landtags hat am 18. September unter dem Vorsitz von Hartmut Schauerte (CDU) gegen die Stimmen der CDU das Ergebnis der Nachzählung des Landtagswahlergebnisses im Wahlkreis 151 (Märkischer Kreis IV) bestätigt und der damit verbundenen Änderung der durch Direktmandat errungenen Sitze im Landtag zugestimmt. Mit Mehrheit zog der Wahlprüfungsausschuß daraus die Konsequenz, daß Hagen Müller (SPD) und nicht Petra Böckelmann (CDU) der im Wahlkreis 151 direkt gewählte Kandidat ist. Die CDU hatte dem Ausschuß zwei Beschlußvorschläge vorgelegt: Zum einen plädierte Walter Neuhaus (CDU) für Neuwahlen im besagten Wahlkreis, zum anderen regte Ausschußvorsitzender Schauerte (CDU) an — und wurde dabei von Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) unterstützt —, beide großen Fraktionen sollten auf je einen Abgeordneten verzichten, „um möglichst nah an der Zahl von 201 Sitzen zu bleiben“ — die mit der Ausweitung um zwei auf 239 Mandate verbundenen Kosten seien dem Steuerzahler nicht klarzumachen. Die SPD lehnte eine Änderung des Verfahrens zu diesem Zeitpunkt ab, dazu sei zuvor die gesetzliche Grundlage zu ändern. Auch die SPD, so Gerhard Wendzinski, empfinde angesichts der Ausweitung „Unbehagen“, sie sei darum bereit, mit den anderen Fraktionen Gespräche zur Novellierung des Landeswahlgesetzes zu führen.

Verkehrspolitik in elfter Wahlperiode (II)

Güterfernverkehr auf Bahn und Schiff

In der Sitzung des Verkehrsausschusses legte Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) die Grundsätze seiner Ressortpolitik dar. Nach Ausführungen zum Straßenbau, ÖPNV und Verkehrssicherheit (Bericht in der vorigen Ausgabe) befaßte er sich mit der Zukunft des Güterverkehrs. Ausschußvorsitzender Hans Jaax (SPD) kündigte die Aussprache über das Konzept für den 27. September an.

Minister Kniola forderte einen Ausbau des schienengebundenen Güterverkehrs. Nach seiner Auffassung gehören Güter auf langen Strecken auf die Bahn oder auf das Schiff. Als besonders dringliche Maßnahmen bezeichnete er:

- Beschleunigung des hochwertigen Schienengüterverkehrs auf 160 km/h
- ein auf steigende Anforderungen ausgerichtetes Netz für den kombinierten Ladungsverkehr
- den Aus- bzw. Neubau der entsprechenden Umschlagbahnhöfe
- die Einbeziehung von Güterverkehrszentren in die Güterverkehrspolitik.

Nach seiner Meinung müßte die wettbewerbsverzerrende Subventionierung des Automobilverkehrs beendet werden. Solange der Einsatz von Lastkraftwagen so billig bliebe wie heute, könnten Bahnen stets nur zweite Sieger sein. Der Lärmschutz an Straßen muß nach Auffassung des Ministers verbessert werden. Dazu gehört auch die Lärmbekämpfung an der Quelle, dem Fahrzeug. Nordrhein-Westfalen werde sich in Zukunft verstärkt um die rechtliche Fixierung von technisch machbaren Werten für eine lärmarme Fahrzeugtechnik bemühen. Auch die Einführung flä-

chenhafter Tempo-30-Zonen kann einen Beitrag zum Lärmschutz leisten.

Auch die Verringerung der Immissionen von Luftschadstoffen durch den Verkehr ist dringend geboten. Schadstoffreduzierende Maßnahmen werden von der Landesregierung auch für Altfahrzeuge gefordert. Nordrhein-Westfalen werde auch seine Anstrengungen weiter verfolgen, über gesetzliche Regelungen zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs zu kommen.

Zu einer ortsverträglichen Verkehrsgestaltung führte der Minister aus, daß die bisherige Verkehrsplanungspraxis aufhören müsse, die mit immer neuen Parkhäusern und Tiefgaragen immer mehr Autoverkehr in die Zentren der Städte ziehe und mit immer neuen gut ausgebauten Stadtverkehrsstraßen immer bessere autogerechte Verbindungen in die Zentren zu schaffen versuche. Mittel des Landes zur Förderung von Parkhäusern und Tiefgaragen in Zentren und Nebenzentren werde es nicht mehr geben. Der Minister sprach sich für eine Neuregelung der Stellplatzvorschriften in der Landesbauordnung in dem Sinne aus, daß vor allem in den Zentren und beim Neu- und Ausbau von Arbeitsplatzschwerpunkten an Standorten mit guter ÖPNV-Erreichbarkeit auf Stellplatzforderungen verzichtet werde.

SPD-Fraktion

Was haben deutsche Bauern von der Einheit zu erwarten?

Die Auswirkungen der deutschen Vereinigung und des EG-Binnenmarktes auf die NRW-Landwirtschaft sollen umfassend untersucht werden. Wie der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Johannes Gorlas, in Düsseldorf mitteilte, sind die zu erwartenden Auswirkungen der bevorstehenden Umwälzungen für die NRW-Landwirte Gegenstand der ersten Großen Anfrage der SPD-Fraktion in der neuen Legislaturperiode. „Betroffen von den neuen und komplexen Herausforderungen der nächsten Jahre sind mehr als 85300

landwirtschaftliche Betriebe in Nordrhein-Westfalen mit ihren Familien. Betroffen sind aber auch die durch eine bäuerliche Landwirtschaft geprägten Regionen unseres Landes“, sagte Gorlas.

„Die SPD ist in tiefer Sorge um die Zukunft der heimischen Landwirtschaft“, so Gorlas weiter. „Die Folgen der deutschen Einheit für unsere Landwirte müssen umfassend beleuchtet werden. Die Systemunterschiede in der Agrarverfassung und Agrarstruktur können nicht unterschiedlicher sein: So gibt es in der Bundesrepublik rund 650000 Landwirtschaftsbetriebe mit einer Durchschnittsgröße von 18 Hektar, in der bisherigen DDR nur 5000 Produktionsgenossenschaften mit einer durchschnittlichen Größe von 5400 Hektar.“

Die SPD-Fraktion will nach den Worten des Abgeordneten von der Landesregierung

grundlegend überprüft haben, welche Zukunftschancen vor diesem Hintergrund die bäuerlichen Familienbetriebe in NRW haben. Wichtig sei auch, welche Förderpolitik daraus für die Zukunft entwickelt werde.

★

Der Arbeitskreis „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ der SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege. Arbeitskreissprecher Wolfram Kuschke kritisiert, daß erhebliche Engpässe in der Pflegehilfe und im Betreuungsdienst eingetreten sind, weil die Bundesregierung sich nicht mit den Verbänden abgestimmt hat. Diese Vorgehensweise sei fahrlässig. Der jetzt schon feststellbare Pflegenotstand werde noch verschärft, ohne daß die Träger Gelegenheit gehabt hätten, vorbereitende Maßnahmen zur Umstellung ihrer Arbeit zu treffen.

CDU-Fraktion

Zitatfälschung führte zur Strafanzeige gegen Linssen

Der Bundesvorsitzende der „Rom und Cinti-Union“, Kawczynski, hat Strafanzeige gegen den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, wegen Volksverhetzung gestellt. Kawczynski wirft Linssen (unter Bezug auf die Frankfurter Rundschau vom 12. September 1990) vor, die Roma in Nordrhein-Westfalen als ‚Schwindler‘ und ‚Legenden-Nomaden‘ beschimpft zu haben.

Hierzu ist festzustellen:

1. Zu dem plötzlichen Argumentationswandel auf Seiten der jugoslawischen Roma, die bis Ende 1989 eine „gezielte Gruppenverfolgung“ der Roma in Jugoslawien geltend machten, seither aber behaupten, sie seien heimatlose, umherwandernde Nomaden, stellte Linssen am 5. September 1990 vor der Landespresskonferenz wörtlich fest: „Als sich die Verfolgungsthese als Schwindel herausstellte, Roma und Unterstützerguppen statt dessen die ‚Nomaden‘-Legende präsentierten, war Schnoor — nach entsprechendem Druck der Roma (Bettelmarsch) — wiederum bereit, dieses trickreiche Spiel mitzumachen. Sachliche Hinweise, wonach die meisten der nun-

mehr angeblich ‚nomadisierenden‘ und ‚heimatlosen‘ Roma eine feste Staatsangehörigkeit haben, schob er zur Seite.“

2. Dieses wörtliche Zitat verfälschte der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Herbert Schnoor, in seiner Pressemitteilung vom 6. September 1990 (753/9/90) mit folgenden Worten: „Hat Herr Linssen sich weiterhin jemals gefragt, ob er es wirklich verantworten kann, Angehörige einer Minderheit pauschal als ‚Schwindler‘ und ‚Legenden-Nomaden‘ zu bezeichnen.“

Damit ist klar: Der Vorwurf der „Rom und Cinti-Union“ greift nicht. Herr Kawczynski ist einer bösen Zitatfälschung des Innenministers aufgesessen.

F.D.P.-Fraktion

Manipulationen aufgedeckt

Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat erneut Beanstandungen des Landesrechnungshofes über Manipulationen mit Fördermitteln des Landes in der Altenbetreuung aufgegriffen und gerügt, daß der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Behandlung des Problems auf die lange Bank schiebt. Der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen hat in seiner Vorlage der Ergebnisse seiner Prüfungen im Geschäftsjahr 1989/90 für den Bereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales ermittelt, daß Spit-

zenverbände der freien Wohlfahrtspflege jahrelang zu Unrecht Fördermittel des Landes zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen für alte Menschen erhalten haben. Diese Landesmittel wurden zumeist an Unterorganisationen weitergegeben, die die Erholungsmaßnahmen für alte Menschen durchführten.

Der Landesrechnungshof hat in stichprobenartiger Überprüfung u. a. festgestellt, daß

- Landesmittel für Erholungsmaßnahmen abgerechnet wurden, die gar nicht stattgefunden haben,
- eine Untergliederung die Landesmittel dafür eingesetzt hat, die Kostensituation eigener Häuser günstiger zu gestalten,
- durch manipulierte Teilnehmerlisten die Landesmittel in voller Höhe unberechtigt abgerechnet worden sind und

■ Akten „vermutlich aus Versehen in die Aktenvernichtung vergeben worden sind“, nachdem der Landesrechnungshof eine Prüfung angekündigt hatte.

Eine Stellungnahme von Minister Heinemann steht dazu bisher noch aus.

Bereits im Februar 1990 hatte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 1810 erklärt, er habe im Januar d. J. mit den Leitern der Bewilligungsbehörden ein Gespräch mit dem Ziel geführt, eine vorgeschaltete Prüfung der Verwendungsnachweise zu erreichen.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion vermißt Konsequenzen aus diesem Gespräch und dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Schlechte Zeiten für PädagogInnen in NRW

Für LehrerInnen, SchülerInnen und die Gemeindekassen brechen in NRW schlechte Zeiten an. Der Plan des Kultusministers Hans Schwier, Schulen wie Wirtschaftsbetriebe zu rationalisieren, stößt anscheinend nur bei den GRÜNEN und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf Widerstand. Nur DIE GRÜNEN stimmten im Schulausschuß des Landtages gegen den Auftrag für ein entsprechendes Rationalisierungsgutachten.

Die Auftragsformulierung verrät, was der

Kultusminister in NRW durchsetzen möchte: größere Schulklassen, weniger Wahlmöglichkeiten bei den Schulfächern, längere Arbeitszeiten für die LehrerInnen und größere finanzielle Belastungen für die Gemeinden. So soll in dem Gutachten beispielsweise untersucht werden, ob „die Heraussetzung der Klassenfrequenzwerte im Vergleich zu den übrigen Bundesländern vertretbar ist“, ob der „ausgewiesene Differenzierungsbedarf“ bei den Wahlfächern „gerechtfertigt ist“ und ob die verkürzte Arbeitszeit bei älteren Lehrerinnen und Lehrern „gerechtfertigt und sachgerecht geregelt ist“. Die bisherigen Vertretungsstunden sollen weitgehend entfallen und durch eine sogenannte „Lehrerfeuerwehr“ ersetzt werden. Um die Kosten zu verringern, soll weiterhin geprüft werden, ob das Land nur noch eine „Grundausstattung mit Lehrerstellen“ finanzieren soll. „Dar-

über hinausgehenden Lehrbedarf“ müßten die Gemeinden bezahlen.

Brigitte Schumann, bildungspolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag: „Der Auftrag zu diesem Gutachten ist eine Affront gegen Schüler, Lehrer und Gemeinden. Hans Schwier wird immer mehr zu einer unerträglichen Belastung für den Schulfrieden. Der Kultusminister muß endlich begreifen: Ohne die Einstellung von weiteren LehrerInnen wird sich der Unterrichtsnotstand an den Schulen nicht beheben lassen. Der Kultusminister beweist wieder einmal seine Unkenntnis des Schullalltags und der faktischen Überlastung der Lehrerschaft durch neue gesellschaftliche Anforderungen an die Schule. Alle empirischen Untersuchungen zur Lehrerarbeitszeit weisen durchschnittliche Arbeitszeiten von über 44 Stunden pro Woche aus.“

Literatur

Siebzehn Zeitzeugen

Die Geschichte der christlich-sozialen Bewegung nach 1945 ist noch immer nicht umfassend geschrieben. Einen Baustein für diese Aufgabe stellt das jetzt erschienene Buch von Wolfgang Schroeder dar.

Siebzehn Zeitzeugen aus dem katholischen Bereich geben einen beeindruckenden Einblick in ihre Denkweise und ihr Handeln zwischen 1945 und 1960. Die in sieben Kapiteln — von den christlich-sozialen im DGB, der christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB, CDA, KAB, CAJ, dem Jesuitenorden sowie den linkskatholischen „Partisanen“ — aufgeteilten Interviews sind jeweils mit einer kurzen historischen Einleitung versehen. Allein diese Einleitungen geben bereits einen guten und tiefen Einblick in die vielfältigen Bereiche katholischer Gewerkschaftspolitik. Die jeweils folgenden Interviews geben dann den individuellen Einschätzungen der damaligen Lage Ausdruck. Die von der Qualität allerdings durchaus recht unterschiedlichen Interviews lassen viele heute oft vergessene Aspekte der Gewerkschaftspolitik wieder ans Licht treten. Interessante Hintergründe, z. B. Fragen und Probleme um die Gründung der christlichen Gewerkschaften 1955, werden deutlich, lassen aber auch verständlich werden, warum die damals entscheidenden Persönlichkeiten in der Einheitsgewerkschaft blieben.

Die vorliegende Arbeit bietet einen wichtigen „Beitrag zur Geschichte des spannungsreichen Verhältnisses von Einheitsgewerkschaft und sozialem Katholizismus“ in der Bundesrepublik.

Thomas Schneider

(Wolfgang Schroeder, *Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews.* Bundverlag, Köln 1990, 39,80 Mark.)

Aktuelle Stunde...

Fortsetzung von Seite 10

gehe, die aus der Einheit Deutschlands resultierende vermeintliche Bedrohung für landwirtschaftliche Existenzen in NRW abzuwehren. Die Probleme seien für die DDR-Landwirtschaft und die betroffenen Menschen dort „allemaal größer als die noch relativ geringeren Auswirkungen, die wir hier im eigenen Lande zu spüren haben“.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 5 68 01*

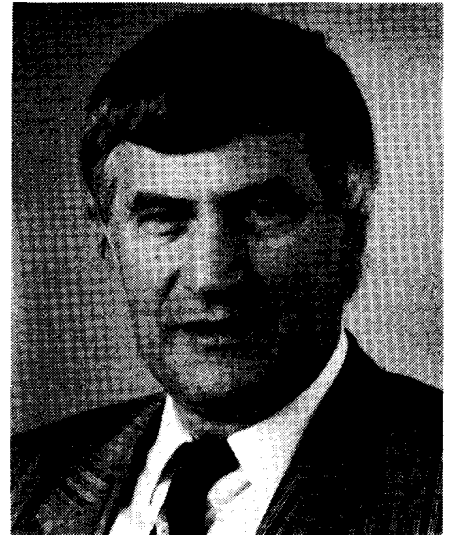
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Karl Böse (SPD)

Zu der Zeit, als für dieses Porträt mit Karl Böse ein Gespräch geführt wurde, lag die SPD im offenen Streit mit sich und ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine zum deutsch-deutschen Staatsvertrag und zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Karl Böse gibt sich vorsichtig. Er fühle sich ein bißchen zu weit entfernt vom Geschehen, um zu beurteilen, ob Lafontaine vielleicht die Vereinigung nicht wolle oder gar aus der Kanzlerkandidatur „rauswolle“. Soviel gibt der Landtagsabgeordnete aus Dortmund jedoch preis: Er sei für die Einheit, auch nicht gegen die schnelle Einführung der D-Mark drüben. Nur müsse man alles politisch flankieren, weil das Leben mit der DM in der DDR doch viel teurer werde für die Leute. Eben sei er in Zwickau gewesen, dort, wo der Trabbi gebaut werde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß mangels Absatzmöglichkeiten fast die Hälfte der 28 000 Beschäftigten entlassen werden. Böses Fazit: „Wir dürfen die Einheit nicht an den Bürgern vorbei machen.“ Abseits der aktuellen Lagebeurteilung kommt eine politische Unterhaltung mit dem 50jährigen SPD-Politiker (der runde Geburtstag war am 25. Juli) schnell zu seinem Lieblingsthema — der Verkehrspolitik. NRW brauche in Zukunft noch erhebliche Investitionen auf diesem Gebiet. Als ein Beispiel nennt Böse die Rheinquerung bei Düsseldorf. Sie müsse kommen. Später gibt er zu bedenken, daß das Vorhaben möglicherweise daran scheitern könnte, daß der Bund das nötige Geld für Verkehrs-Infrastruktur-Maßnahmen in der DDR verwendet.

An diesem Morgen ist Böse mit dem Auto von Dortmund nach Düsseldorf zur Fraktionssitzung gekommen. Einen Lkw nach dem anderen habe er auf der rechten Spur gesehen, da frage man sich doch, ob nicht viele der dort transportierten Güter besser auf dem Schienenweg transportiert würden. Es sei Sache des Bundes, für mehr Bundesbahn-Investitionen zum Gütertransport zu sorgen. Böse gehört zu den praktisch denkenden Politikern, die aus der alltäglichen Erfahrung heraus ihre Schlüsse zu ziehen suchen. Da fällt dem Abgeordneten z. B. auf, daß frühmorgens, im dichten Berufsverkehr, Arbeiter am Grünstreifen der Fahrbahn werkeln und dadurch einen Stau verursachen. Das könne doch wohl zu einer anderen Tageszeit gemacht werden, meint Böse, wohl wissend, daß dahinter die knifflige Arbeitszeit-Regelung von Arbeitnehmern betroffen wäre.

Zur Magnetbahn Transrapid hat Böse, wie er sagt, eine vorurteilsfreie Einstellung. Das Argument, der Transrapid sei zu laut, läßt er nicht gelten, nachdem er auf der Versuchsstrecke im Emsland den mit 400 Stundenkilometer vorbeirasenden Zug keineswegs so laut empfunden hat wie einen weniger schnell fahrenden Intercity. Böse ist sich der Umweltschutz-Problema-

tik des Transrapid-Projekts und jedes anderen verkehrspolitischen Großvorhabens bewußt. Zum ordentlichen Planverfahren gehöre eine Umweltverträglichkeits-Prüfung. Auch Bürgerbeteiligung sei notwendig, was nicht heiße, daß die Politik mit jeder kleinen Gruppe zum Konsens kommen müsse. Wenn das zur Pflicht würde, könne man Politik gleich an den Nagel hängen.

Auch als früherer Hauptschulrektor, der 1980 in den Landtag kam, hat er Verständnis für den Elternwunsch, ihre Kinder etwas Besseres werden zu lassen, folglich nicht zur Hauptschule, sondern auf weiterführende Schulen zu schicken. In seinem Elternhaus hat Karl Böse das selbst erlebt. Sein Vater, ein Kesselschmied, habe ihn nach der 4. Volksschulklasse zum Gymnasium anmelden wollen. Nachdem der Hausmeister gemeint hatte, ein Arbeiterkind habe auf dem Gymnasium doch keine Chance, habe der Vater die Anmeldung zunächst wieder rückgängig gemacht. Erst nachdem der Volksschul-Klassenlehrer gedrängt habe, sei das Arbeiterkind Karl Böse nach der 5. Klasse auf die Oberschule gekommen. Heute plädiert der Sozialdemokrat für mehr Ganztagsbetrieb an allen Schulen des Landes. Das koste zwar Geld, aber — so Böse: „Wir sind doch ein reiches Land — insgesamt.“ Den schmunzelnden Hinweis auf den am Nebentisch sitzenden Landesfinanzminister Schleißer wehrt er ab. Man müsse eben die Lehrerverteilung besser organisieren und auch „eine Menge Pfründe“ von Lehrern überdenken, zum Beispiel die Pflichtstundenzahl-Ermäßigung je nach Alter. Es sei auch fast unmöglich, Lehrer schnell dorthin zu versetzen, wo sie gebraucht würden; auch da müsse etwas geändert werden.

Der Privatmann Karl Böse erzählt von seinem sechsjährigen Sohn, von seiner Zeit als aktiver Feldhandballer. Heute betreibe er nur noch Sport auf Sportabzeichen-Niveau: Laufen, Springen, Werfen.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist ein Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 11. bis 14. Oktober 1990

- 11. 10. **Helga Gießelmann** (SPD), 41 J.
- 11. 10. **Horst Radtke** (SPD), 49 J.
- 12. 10. **Günther Einert** (SPD), 60 J.
- 12. 10. **Günther Langen** (CDU), 55 J.
- 13. 10. **Manfred Degen** (SPD), 51 J.
- 14. 10. **Helmut Harbich** (CDU), 58 J.
- 14. 10. **Loke Mernizka** (SPD), 51 J.

★

Hartmut Schauerte, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender, freute sich über Glückwünsche im Haushaltsausschuß: Seit Jahren habe er darauf hingearbeitet, daß sein Geburtstag mit einer Ausschußsitzung zusammenfalle. Der CDU-Politiker ist am 13. September 47 Jahre alt geworden.

★

Christa Toben, bis zum Mai dieses Jahres CDU-Abgeordnete sowie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und seit ihrem Ausscheiden aus dem Landtag Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Münster, ist als beratendes Mitglied in den Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten Münster gewählt worden.

★

Hans Gerhard Willing, ehemaliger Abgeordneter der CDU im Landtag, ist im 78. Lebensjahr gestorben. Der Rechtsanwalt aus Köln-Junkersdorf war nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg, Berlin und Jena Bergrat in der Reichsbergverwaltung, später Justitiar und Geschäftsführer im Bergbau in Köln und Bad Godesberg. Er gehörte dem Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit an. Im Landtag zählte Willing von 1958 bis 1962 sowie von 1966 bis 1975 zur CDU-Fraktion. Er war unter anderem Mitglied in den Ausschüssen für Grubensicherheit und Landesplanung.

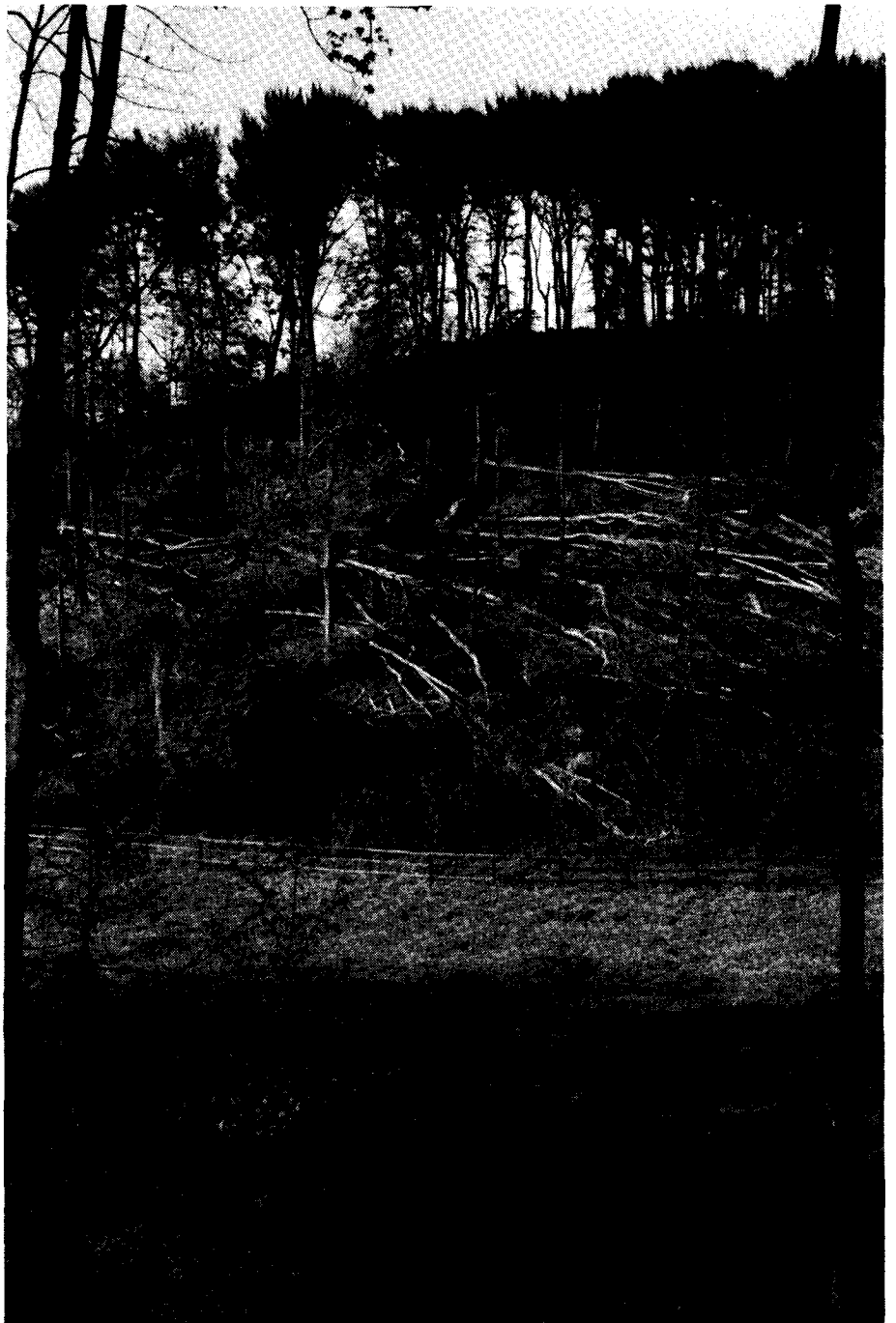
★

Professor Emil Schumacher, international anerkannter Maler aus Hagen, ist „Bürger des Ruhrgebiets“ geworden. Die Auszeichnung wurde dem Künstler im Hagener Osthaus Museum vom Vorsitzenden des Vereins „pro Ruhrgebiet“, **Dr. Jürgen Gramke**, verliehen.

Wahlkampfkostengesetz: Novelle beschlossen

Der Landtag hat mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU gegen die Fraktionen der F.D.P und der GRÜNEN in zweiter Lesung die Änderung des Wahlkampfkostengesetzes beschlossen. Die Novelle sieht einen Erstattungsbetrag von 6,25 Mark je Wahlberechtigten der Landtagswahl vor. Diese Pauschale soll ab 1995 wirksam werden. Gleichzeitig wurde ein Sockelbetrag beschlossen, der drei Prozent der Wahlkampfkostenpauschale ausmacht und an jede Partei, auch rückwirkend für die Landtagswahl im Mai dieses Jahres, gezahlt werden soll, die mindestens zwei Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat. DIE GRÜNEN haben Verfassungsklage angekündigt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die Sturmschäden des vergangenen Winters haben große Breschen in unsere Wälder geschlagen: Experten schätzten den Anfall von Schadholz im Lande auf über eine Million Festmeter. Damit dieses Holz die Preise auf dem Markt nicht noch weiter nach unten drückt, wurden in letzter Zeit mit Hilfe des Landes zu den schon vorhandenen Plätzen 17 NaBlagerplätze eingerichtet. Für die NaBlagerung hat man sich entschieden, weil sie die umweltfreundlichste Art ist, das Holz — es handelt sich dabei fast ausschließlich um Fichtenstammholz und nur geringfügig um Buche — mit nur geringer Qualitätseinbuße in Ordnung zu halten. Mit dieser Methode wird eine Befügung überflüssig. — Unser Bild vermittelt einen Eindruck davon, wie die Stürme Anfang des Jahres in den Wäldern gewütet haben: Es zeigt einen Buchenbestand im Vogelsangbachtal bei Heiligenhaus im Niederrhein.